

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 62

DIENSTAG, DEN 6. AUGUST

2013

Inhalt:

	Seite		Seite
Sitzungen der Bürgerschaft	1217	Öffentliche Plandiskussion zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Rahlstedt 129 (Wohnungsbau am Schierenberg)	1219
Genehmigungsverfahren	1217	Widmung einer Wegefläche	1219
Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren Bahnhof Hamburg-Altona, Erneuerung Ebene -1	1218	Veränderung der Benutzbarkeit öffentlicher Wegeflächen	1219
Bekanntgabe nach § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	1218	Veränderung der Benutzbarkeit einer öffentlichen Wegefläche	1219
Bekanntgabe nach § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	1218	Entwidmung einer Teilfläche der Straße „Altenwerder Damm“	1219

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzungen der Bürgerschaft

Die nächsten Sitzungen der Bürgerschaft finden am Mittwoch, dem 14. August 2013, um 15.00 Uhr und am Donnerstag, dem 15. August 2013, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 6. August 2013

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 1217

Genehmigungsverfahren

Im Genehmigungsverfahren betreffend den Antrag des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden, Bernhard-Nocht-Straße 74, 20345 Hamburg, vom 26. April 2013, eingegangen am 2. Mai 2013, zur Durchführung weiterer gentechnischer Arbeiten der Sicherheitsstufe 3 ergeht folgender Genehmigungsbescheid:

Nach § 9 Absatz 3 des Gesetzes zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz – GenTG) vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066) in Verbindung mit §§ 4 bis 7 der Verordnung über Sicherheitsstufen und Sicherheitsmaßnahmen bei gentechnischen Arbeiten in gentechnischen Anlagen (Gentechnik-Sicherheitsverordnung – GenTSV) vom 14. März 1995 (BGBl. I S. 297), jeweils in der aktuellen Fassung, wird der Antrag des Bernhard-Nocht-Institutes für Tropenmedizin, nach Maßgabe der geprüften Antragsunterlagen, unbeschadet der auf besonderen privatrechtlichen Titeln bestehenden Ansprüche Dritter, zur Durchführung weiterer gentechnischer Arbeiten der Sicherheitsstufe 3 genehmigt.

Die Genehmigung ist mit Nebenbestimmungen (u. a. umwelt- und arbeitsschutzrechtlichen Bedingungen und

Auflagen) versehen und berechtigt zur Durchführung folgender gentechnischer Arbeiten:

Projekt:

Expression von enhanced Green Fluorescent Protein (eGFP) in *Rickettsia typhi*.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach Zustellung bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift zu erklären.

Hinweise:

Der Bescheid gilt mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger zwei Wochen verstrichen sind. Nach der öffentlichen Bekanntmachung kann der Genehmigungsbescheid bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Beteiligten im Sinne des § 13 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes (VwVfG) schriftlich bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, angefordert werden (§ 69 Absatz 2 Satz 5 VwVfG). Eine Ausfertigung des Bescheides liegt dort in Zimmer F04.305 vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr zur Einsicht aus. Die Auslegungsfrist beginnt am 6. August 2013.

Hamburg, den 29. Juli 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –

Amtl. Anz. S. 1217

Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren Bahnhof Hamburg-Altona, Erneuerung Ebene -1

Die Deutsche Bahn Station & Service AG (Vorhabenträgerin) hat beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA) als zuständiger Planfeststellungsbehörde die Zulassung des oben genannten Vorhabens beantragt.

Die Ebene -1 des Bahnhofs Hamburg-Altona dient als Verknüpfungshalle zwischen S-Bahn (Ebene -2) und Fernbahn (Ebene 0). Neben den Abgängen zu den Bahnsteigen der S-Bahn und dem Aufgang zur Fernbahn verfügt die Halle über Ausgänge in den Stadtraum. Nach den Planungen der Vorhabenträgerin sollen unter anderem Abhangdecken, Wand- und Bodenbeläge und Wegeführungen neu gestaltet sowie die Haustechnik erneuert werden. Die Vermarktungseinheiten sollen neu strukturiert werden.

Das EBA hat die Antragsunterlagen dem Rechtsamt der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation zur Durchführung des Anhörungsverfahrens zugeleitet (§§ 18 ff. des Allgemeinen Eisenbahngesetzes in Verbindung mit § 73 des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes). Die Planunterlagen lagen in der Zeit vom 23. April 2012 bis zum 22. Mai 2012 zur Einsicht aus. Die Einwendungsfrist endete am 5. Juni 2012.

Auf Grund der eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen reichte die Vorhabenträgerin bei der Anhörungsbehörde eine ergänzende Darstellung zum ursprünglichen Brandschutzkonzept sowie einen neuen Grundrissplan ein, der insbesondere einen veränderten Fassadenverlauf der Ladeneinheiten im Bereich des Ausgangs Neue Große Bergstraße vorsieht.

Die rechtzeitig eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen werden am Donnerstag, dem 15. August 2013 mit der Vorhabenträgerin, den Behörden und anderen Trägern öffentlicher Belange, den Vereinigungen, die rechtzeitig Stellung genommen haben, den Betroffenen sowie den Personen, die Einwendungen erhoben haben, in der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Alter Steinweg 4, Raum 504, 20459 Hamburg, erörtert.

Für die Erörterung sind folgende Reihenfolge und Uhrzeiten vorgesehen:

1. Stellungnahmen der Behörden, der anderen Träger öffentlicher Belange und der Naturschutzvereine am 15. August 2013 ab 13.00 Uhr bis etwa 15.30 Uhr.
2. Einwendungen von privater Seite am 15. August 2013 ab 15.30 Uhr.

Die Teilnahme am Erörterungstermin ist freigestellt. Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachzuweisen. Bei Ausbleiben eines Beteiligten kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Die Erörterung ist nicht öffentlich, da es sich um eine mündliche Verhandlung im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes (keine allgemeine Informationsveranstaltung) handelt. Es werden vor allem die Inhalte der im Verfahren abgegebenen Stellungnahmen und Einwendungen erörtert. Durch die Teilnahme am Termin gegebenenfalls entstehende Kosten (Fahrtkosten usw.) können nicht erstattet werden.

Hamburg, den 29. Juli 2013

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 1218

Bekanntgabe nach § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich G2 Planung und Entwurf Hochwasserschutz, hat am 25. Juni 2013 beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich G4 Deichverteidigung und Deichaufsicht (Plangenehmigungsbehörde), die förmliche Zulassung für die Änderung der Hochwasserschutzanlage Hower Hauptdeich bei Deichkilometer 15,674 beantragt. Der Antrag beruht auf § 55 Absatz 2 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) in Verbindung mit § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG).

Gegenstand des Vorhabens ist der Abbruch des Wohngebäudes Hower Hauptdeich 61 mit Nebengebäude sowie der Außenanlagen mit Stegel. Im Anschluss werden die Binnenböschung aus Klei in 1,30 m Dicke und mit einer Neigung von 1:3 und der Stegel neu hergestellt. Zur Herstellung der Deichgrundgrenze wurden etwa 150 m² bereits von Privat erworben.

Das Vorhaben stellt eine wesentliche Umgestaltung einer vorhandenen Hochwasserschutzanlage dar und fällt damit unter Nummer 1.13.2 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG) (Bau eines Deiches oder Dammes, der den Hochwasserabfluss beeinflusst). Die danach erforderliche standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles hat ergeben, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Das Vorhaben kann nach überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien nach Einschätzung der Plangenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit den Ämtern für Umweltschutz und für Natur- und Ressourcenschutz der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären (§ 12 UVPG).

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar (§ 3 a UVPG).

Hamburg, den 26. Juli 2013

**Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
– Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz –
Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht**

Amtl. Anz. S. 1218

Bekanntgabe nach § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich G2 Planung und Entwurf Hochwasserschutz, hat am 19. Juni 2013 beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich G4 Deichverteidigung und Deichaufsicht (Plangenehmigungsbehörde), die förmliche Zulassung für die Änderung der Hochwasserschutzanlagen Kraueler, Hower und Neuengammer Hauptdeich beantragt. Der Antrag beruht auf § 55 Absatz 2 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) in Verbindung mit § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG).

Gegenstand des Vorhabens ist die Ausweisung von Deichgrund als Schutzstreifen auf der Binnenseite der Deiche. Die geplanten Maßnahmen finden größtenteils auf FHH-Flächen, vereinzelt auf privaten Flächen, statt. Die privaten Flächen wurden in der Zwischenzeit allerdings bereits angekauft.

Das Vorhaben stellt eine wesentliche Umgestaltung von vorhandenen Hochwasserschutzanlagen dar und fällt damit unter Nummer 1.13.2 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVP) (Bau eines Deiches oder Dammes, der den Hochwasserabfluss beeinflusst). Die danach erforderliche standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles hat ergeben, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Das Vorhaben kann nach überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien nach Einschätzung der Plangenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit den Ämtern für Umweltschutz und für Natur- und Ressourcenschutz der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären (§ 12 UVP).

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar (§ 3 a UVP).

Hamburg, den 26. Juli 2013

**Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
– Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz –
Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht**

Amtl. Anz. S. 1218

Öffentliche Plandiskussion zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Rahlstedt 129 (Wohnungsbau am Schierenberg)

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Wandsbek lädt zu einer Informationsveranstaltung mit anschließender Diskussion über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf Rahlstedt 129 (Wohnungsbau am Schierenberg). Die Veranstaltung findet am Montag, dem 19. August 2013, um 18.00 Uhr im Gymnasium Meiendorf, Schierenberg 60, 22145 Hamburg, statt.

Durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit der vorgesehenen Bezeichnung Rahlstedt 129 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Wohnungsneubau auf bisher brachliegenden Flächen an der Straße Schierenberg geschaffen werden. Damit soll in integrierter Lage ein Beitrag zum Wohnungsbau in Hamburg geleistet werden.

Anschaungsmaterial kann von Montag, dem 11. August 2013, bis Freitag, dem 16. August 2013, von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr im Bezirksamt Wandsbek, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, IV. Etage, Am Alten Posthaus 2, 22041 Hamburg, und am Montag, dem 19. August 2013, ab 17.30 Uhr am Veranstaltungsort eingesehen werden.

Zur öffentlichen Unterrichtung und Erörterung sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Hamburg, den 29. Juli 2013

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1219

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird der im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Duvenstedt, Ortsteil 522, belegene unbenannte Verbindungsweg (Flurstück 3445 teilweise) mit sofortiger Wirkung dem Fußgänger- und Radfahrerverkehr gewidmet.

Hamburg, den 23. Juli 2013

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1219

Veränderung der Benutzbarkeit öffentlicher Wegeflächen

Nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die bestehende Widmung für die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Duvenstedt, Ortsteil 522, belegenen Wegeflächen Duvenstedter Berg (Flurstück 3060 teilweise), neben Hausnummer 47, zwischen Nummer 58 und Nummer 60 sowie vor Hausnummer 29 bis Nummer 23 b verlaufend, mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr aufgehoben und auf den Fußgänger- und Radfahrerverkehr sowie den Anliegerverkehr mit Fahrzeugen bis 3,5 t zulässigen Gesamtgewichts beschränkt.

Hamburg, den 23. Juli 2013

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1219

Veränderung der Benutzbarkeit einer öffentlichen Wegefläche

Nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die bestehende Widmung für die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Wellingsbüttel, Ortsteil 517, belegene Wegefläche Classenstieg (Flurstück 2226 teilweise), vor Hausnummer 23 bis Nummer 25 verlaufend, mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr aufgehoben und auf den Fußgänger- und Radfahrerverkehr sowie den Anliegerverkehr mit Fahrzeugen bis 3,5 t zulässigen Gesamtgewichts beschränkt.

Hamburg, den 23. Juli 2013

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1219

Entwidmung einer Teilfläche der Straße „Altenwerder Damm“

Gemäß § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Waltersdorf, gelegene, etwa 2238 m² große Teilfläche der Straße „Altenwerder Damm“ als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich mit sofortiger Wirkung entwidmet.

Hamburg, den 5. Juli 2013

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 1219

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
 Postanschrift:
 Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zentrale Vergabestelle
 Zu Händen von Frau Meyerhöfer,
 Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 96,
 Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88
 E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 Sonstige: siehe Anhang A.II
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 Sonstige: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Verkehrsinfrastruktur
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 BAB A7, Bw. Nr. 643, Stader Straße – Verstärkung östlicher Überbau.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Bauauftrag
 Planung und Ausführung
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
 Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Einbau von externen Spanngliedern, Einbau von Umlenkstrukturen aus Stahl, an den Längsträgern des Überbaus, Verankerung der Spannglieder hinter Endquerträgern Überbau, Herstellen von Baugruben, Abbruch von Stahlbeton, Herstellung von Spannkammern hinter den Widerlagern aus Stahlbeton, Anheben Überbau am Widerlager Nord und Einbau von Futterplatten an den Lagern, Erneuerung Übergangskonstruktion, Betoninstandsetzungsarbeiten, Belagsarbeiten Brücke, Verkehrssicherungs- und Gerüstbauarbeiten, Straßenbauarbeiten in Anschlussbereichen.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 45221100
 Ergänzende Gegenstände: 45221119
 45223000
 45233110
 45233120
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Ja
 Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Einbau von externen Spanngliedern (ca. 980 m), Einbau von Umlenkstrukturen aus Stahl (ca. 40 t) an den Längsträgern des Überbaus, Verankerung der Spannglieder hinter Endquerträgern Überbau, Herstellen von Baugruben (ca. 3.000 m³), Abbruch von Stahlbeton (ca. 40 m³), Herstellung von Spannkammern hinter den Widerlagern aus Stahlbeton (ca. 400 m³), Anheben Überbau am Widerlager Nord und Einbau von Betoninstandsetzungsarbeiten, Belagsarbeiten Brücke (ca. 100 m²) Verkehrssicherungs- und Gerüstbauarbeiten, Straßenbauarbeiten in Anschlussbereichen.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Beginn: 15. Dezember 2013
 Abschluss: 16. Oktober 2014

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
 siehe Vergabeunterlagen

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
siehe Vergabeunterlagen

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
- Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
- Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Versicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
- Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
- Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.
- Näheres siehe Vergabeunterlagen

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
- Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
- Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- detaillierter Bauzeitenplan einschl. aller Bauphasen, aufgliedert nach nach Teilarbeits-schritten,
- Erläuterung des Bauablaufes in Textform,
- Benennung ZTV,
- Ing. Koordinator,

- Qualifikationsnachweis MVAS,
- Baustelleneinrichtungsplan,
- Gerüstkonzept (Schutz, Arbeits- und Traggerüste) einschl. Systemskizzen und ggf. Umweltschutzmaßnahmen,
- Qualifikationsnachweis für Korrosionsschutz,
- Qualifikationsnachweis für Betoninstandsetzung,
- Angaben zu Materialien und Stoffen,
- Nachweis der Fachkunde für die Durchführung von Entwässerungsarbeiten gemäß ZTV
- Siele Hamburg,
- Herstellerqualifikation Großer Eignungsnachweis Klasse E gemäß DIN 18800 bzw. Ausführungsklasse EXC3 nach DIN EN 1090,
- Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren durchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal,
- Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Preis	90
2. Technischer Wert	10

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: OV-K5-266/13

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
 Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
 6. September 2013, 12.00 Uhr
 Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
 Preis: 31,- Euro
 Zahlungsbedingungen und -weise:
 Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-K5-266/13. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
 Empfänger:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ZVA,
 Konto-Nr. 375 202 205, BLZ 200 100 20,
 Geldinstitut Postbank Hamburg.
 IBAN DE 50200100200375202205,
 BICPBNKDEFF200 (Ort: Hamburg)
 Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift A.II (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
 10. September 2013, 10.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
 Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 29. November 2013
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
 10. September 2013, 10.30 Uhr
 Ort: siehe Anhang A.III
 Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
 Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
 Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
 Offizielle Bezeichnung:
 Vergabekammer der
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:
 Neuenfelder Straße 10, 21109 Hamburg,
 Deutschland,
 Telefax: +49 (0)40/4 28 23 - 20 39

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
 Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
 Gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
 26. Juli 2013

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):**
 Offizielle Bezeichnung:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Postanschrift:
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
 Deutschland
 Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 01.419
 Telefax: +49 (0)40 / 4 27 31 - 05 27
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**
 Offizielle Bezeichnung:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Postanschrift:
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
 Deutschland
 Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 01.421

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: BAB A 7, Bw. Nr. 643, Stader Straße – Verstärkung östlicher Überbau.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Verstärkung des östlichen Überbaus und Verkehrssicherung.

- 1) **Kurze Beschreibung:**
 Einbau von externen Spanngliedern mit Umlenkstrukturen aus Stahl an den Längsträgern des Überbaus einschließlich Verankerung hinter Endquerträgern, Herstellen von Baugruben, Abbruch von Stahlbeton, Herstellung von Spannkammern hinter den Widerlagern aus Stahlbeton, Anheben Überbau am Widerlager

Nord und Einbau von Futterplatten an den Lagern, Erneuerung Übergangskonstruktionen, Betoninstandsetzungsarbeiten, Belagsarbeiten Brücke, Verkehrssicherungs- und Gerüstbauarbeiten.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45221100
Ergänzende Gegenstände: 45221119
45223000
45233110

3) **Menge oder Umfang:**

Einbau von externen Spanngliedern (ca. 980 m), Einbau von Umlenkkonstruktionen aus Stahl (ca. 40 t) an den Längsträgern des Überbaus, Verankerung der Spannglieder hinter Endquerträgern Überbau, Herstellen von Baugruben (ca. 3.000 m³), Abbruch von Stahlbeton (ca. 40 m³), Herstellung von Spannkammern hinter den Widerlagern aus Stahlbeton (ca. 400 m³), Anheben Überbau am Widerlager Nord und Einbau von Futterplatten an den Lagern, Erneuerung Übergangskonstruktionen (ca. 50 m), Betoninstandsetzungsarbeiten, Belagsarbeiten Brücke (ca. 100 m²).

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Straßenbau

1) **Kurze Beschreibung:**

Straßenbauarbeiten in Anschlussbereichen.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45233110
Ergänzende Gegenstände: 45233120

3) **Menge oder Umfang: –**

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen: –**

Hamburg, den 26. Juli 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

685

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 13 A 0265

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: 13 A 0265
Umrüstung/Erweiterung Brandmeldeanlage
4121 B 101 BBN BwK – BwDLZ
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

**Bundeswehrkrankenhaus Hamburg,
Lesserstraße 180, 22049 Hamburg**

f) Art und Umfang der Leistung:

13 A 0265 Umrüstung/Erweiterung Brandmeldeanlage
Umrüstung/Erweiterung der Brandmeldeanlage mit Austausch von automatischen Brand-Melder Esser Serie 9000 gegen Melder IQ8 bzw. Ergänzung von Brandmelder IQ8, ca. 200 Stück einschl. Zubehör. Austausch von 5 x alten Esser-Brandmeldezentralen und Ersatz durch IQ8-Anlagen und Ergänzung einer Brandmeldezentrale mit Umrüstung/Neugestaltung essernet-Ring zur Einbindung von drei zusätzlichen bereits errichteten Brandmeldezentralen und Einrichtung Managementsystem mit 3 Arbeitsplätzen und Brandmeldemodul sowie allg. Installationsarbeiten zur Erweiterung von Brandmeldern und Zubehör.

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 7. Oktober 2013
Fertigstellung der Leistungen bis: 5. Dezember 2013

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 15. August 2013
Versand der Verdingungsunterlagen: 22. August 2013

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe des Entgeltes: 8,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33
BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0265

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

- q) Angebotseröffnung:
12. September 2013, 10.00 Uhr, Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem
Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 14. Oktober 2013
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Technische Fragen: Herr Johnke
Telefon: 040 / 4 28 04 - 26 11

Hamburg, den 29. Juli 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

686

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Wissenschaft und Forschung,
vertreten durch die
Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg,
Baumanagement, Berliner Tor 5, 20099 Hamburg
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und
Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Fenster, Türen, Tore, Pfosten-Riegel-Fassade

- e) Neubau Forschungszentrum EnergieCampus;
Am Schleusenengraben 24, 21029 Hamburg-Bergedorf,
Curslack
- f) Vergabenummer: **ÖA-HAW/FEN 009/13**
Neubau Forschungszentrum Energie Campus;
21029 Hamburg-Bergedorf,
Wesentliche Leistungen und Massen:
– Werkplanung, 1 psch
– Einfachfenster, - band, PVC-U mit Alu-Deckschalen,
14 Stück
– Einfachfenster, PVC-U, 3 Stück
– Alu-Leibungsverkleidung, 70 m
– Fensterinnenbank Holzwerkstoff, 19 Stück
– Verbau Rollladenanlage, 16 Stück
– Alutür als Notausgangsaußentür, verglast, 1 Stück
– Stahltür als Notausgangstür, 6 Stück
– Stahl-Faltschiebetor, 1 Stück
– Alu-Pfosten-Riegel-Fassade, 1 Stück
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Baubeginn: ca. Juli 2014
Bauende: ca. Juli/August 2014
- j) Für Nebenangebote gilt, dass diese in Hinblick auf Effizienz, Schutzziel, Verarbeitung und allgemeine technische Standards den Ausgeschriebenen Standard entsprechen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: Vom 31. Juli 2013 bis 23. August 2013, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ABH 57, Hochschulbau – HSB, Weidestraße 122 c,
III. Obergeschoss, 22083 Hamburg
Telefon: 040 / 4 28 63 - 52 87
Telefax: 040 / 4 27 94 - 07 94,
E-Mail: hsbvergabe@bsu.hamburg.de
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 26,– Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: ausschließlich Banküberweisung. Bargeld Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB
Konto-Nr.: 200 015 60, BLZ: 200 000 00
IBAN: DE6620000000020001560
Geldinstitut: Bundesbank
Verwendungszweck: Referenz: 4040600000004
(ÖA-HAW/FEN 009/13)
Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 5. September 2013, 10.00 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift: Siehe grüner Anschriftenzettel zur Angebotskennzeichnung.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 5. September 2013 um 10.00 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o)
Bieter und ihre Bevollmächtigten.

- r) siehe Vergabeunterlagen.
 s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
 t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
 u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
 Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.
 v) Die Zuschlagsfrist endet am 23. Oktober 2013.
 w) Beschwerdestelle:
 Hochschule für Angewandte Wissenschaften,
 Der Beauftragte für den Haushalt,
 Berliner Tor 5, 20099 Hamburg

Hamburg, den 29. Juli 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

687

Auftragsbekanntmachung Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
 Postanschrift:
 Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zentrale Vergabestelle
 Zu Händen von Herrn Böttcher,
 Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 93,
 Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88
 E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 Die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 Siehe Anhang A.II
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 Siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Straßenbau
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
 II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 A7, AD-Südwest bis Brücke Stader Straße und A7, AS-Heimfeld

- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Bauauftrag
 Ausführung
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
 Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 52.000 m² bit. Befestigung aufbrechen und verwerten, 1600 m³ Oberboden ausbauen und verwerten, 2700 m³ Oberboden ausbauen und wiedereinbauen, 52.000 m² bit. Befestigung BK 32 einschl. ZV herstellen, 1500 m Entwässerungsleitung DN 300 herstellen, Verkehrssicherungsmaßnahmen während der Bauzeit herstellen, 65.000 m Sondierbohrungen in Kampfmittelverdachtsflächen durchführen.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 45233139
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
 II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
 II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
 II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Beginn: 1. April 2014
 Abschluss: 13. November 2014

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
 III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
 Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
- Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
- Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Versicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
- Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
- Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.
- Näheres siehe Vergabeunterlagen

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
- Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
- Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren durchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal:
- Qualifikationsnachweis Verkehrssicherer, Qualifikationsnachweis SiGeKo, Nachweis § 20 SprengG, Angaben zu Materialien und Herstellern.
- Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHRENIV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Preis	90
2. Technischer Wert	10

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

OV-K5-268/13

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:

12. September 2013, 12.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 51,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-K5-268/13. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ZVA, Konto-Nr. 375 202 205, BLZ 200 100 20, Geldinstitut Postbank Hamburg.

IBAN DE 50200100200375202205, BICPBANKDEFF200 (Ort: Hamburg)

Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift A.II (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken.

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

17. September 2013, 9.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 14. Februar 2014

- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
 17. September 2013, 9.30 Uhr
 Ort: siehe Anhang A.III
 Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.

Postanschrift:
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
 Deutschland
 Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 01.421
 Hamburg, den 31. Juli 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

688

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
 Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
 Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren**
 Offizielle Bezeichnung:
 Vergabekammer der
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Postanschrift:
 Neuenfelder Straße 10, 21109 Hamburg,
 Deutschland,
 Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 20 39
- VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**
 Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
 Gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:** –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
 31. Juli 2013

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):**
 Offizielle Bezeichnung:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Postanschrift:
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
 Deutschland
 Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 01.419
 Telefax: +49 (0)40 / 4 27 31 - 05 27
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
 Offizielle Bezeichnung:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg
 Postanschrift:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40, Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Frau Kirsten Spann
 Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
 Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
 des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Wettbewerbs/Projekts durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber**
 Erweiterungsbau für die Grundschule Hoheluft am Standort Wrangelstraße 80 in Hamburg – Objektplanung gem. § 34 HOAI 2013.
- II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**
 Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, die Grundschule Hoheluft in der Wrangelstraße 80 um einen 3-geschossigen Neubau zu erweitern. Neben der für den Ganztagesbetrieb benötigten Fläche für Küche und Essbereich sollen auch Flächen für Verwaltung, Gemeinschafts- und Klassenräume entstehen. Aufgrund einer von Schulbau Hamburg erarbeiteten Machbarkeitsstudie erfolgt die Erweiterung in zwei Bauabschnitten. Die notwendigen Planungsleistungen für den 2. Bauabschnitt sind Gegenstand dieses Verfahrens. Der 1. Bauabschnitt befindet sich derzeit im Bau und enthält bereits räumliche und technische Vorkehrungen für den 2. Bauabschnitt. Dieser soll direkt an die Brandwand der Wohnbebauung Wrangelstraße 88-90 anschließen. Durch die Anbauvariante wird ein größtmöglicher Anteil des Schulgeländes erhalten und ein unattraktiver Raum zwischen dem vorhandenen Wohngebäude und dem neuen Schulgebäude vermieden. Der geplante 2. Bauabschnitt mit etwa 2.000 m² NGF (1-6) soll die städtebauliche Figur vervollständigen und sich dem 1. Bauabschnitt architektonisch anpassen. Die Baumaßnahme soll nach Fertigstellung des 1. Bauabschnitts beginnen, frühestens jedoch im Herbst 2014. Vor Baubeginn ist der Abriss eines sogenannten „Wabengebäudes“ notwendig. Die Baumaßnahme ist in Abstimmung mit der Schule zum Teil bei laufendem Betrieb durchzuführen und bis Mitte 2016 fertigzustellen. Für die Umsetzung der Maßnahme (2. BA) ist ein Budget von ca. 5,2 Millionen Euro brutto gem. DIN 276 Kostengruppen 200-700 vorgesehen. Die Mach-

barkeitsstudie wird den Bietern im Rahmen der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt. Grundsätzlich sind die beauftragten Objektplaner für den 1. Bauabschnitt und die Ersteller der Machbarkeitsstudie nicht von dem Verfahren ausgeschlossen.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphasen 1 bis 2 gemäß § 34 HOAI, Objektplanung;
- Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 34 HOAI, Objektplanung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (gegebenenfalls in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

- II.1.8) Lose: Nein

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 260.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 260.000,- Euro

- II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 34 HOAI 2013 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (gegebenenfalls in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

- II.3) **Vertragslaufzeit bzw.**

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 32 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern),

die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.).

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der jeweilige Auftragnehmer sowie sämtlich mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- Spezifisches Anschreiben (formlos);
- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1 A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1 B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck); zusätzlich sind die Nachweise über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben beizufügen;
- Anlage 1 C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1 D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1 E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1 F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);

– Anlage 1 G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck);

– Anlage 1 H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck);

– Anlage 2 A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;

– Anlage 3 A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);

– Anlage 3 B: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten mit Referenzschreiben (siehe III.2.3 sowie IV.1.2).

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden und Diplom-Urkunden) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, indem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).

B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gemäß § 34 HOAI in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (je Jahr; 2010, 2011; 2012). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss

mindestens 260.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind zudem die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier: Architekt/in für die Leistungen Objektplanung gemäß § 34 HOAI.

B) Nachweis der erbrachten Leistungen für 2 vergleichbare Projekte für den Leistungsbereich gem. § 34 HOAI. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1. Januar 2007) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gemäß HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300 und 400 gemäß DIN 276), Angabe der bearbeiteten Bruttogeschossfläche für Referenzen gem. § 34 HOAI 2013 (BGfA gemäß DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und gegebenenfalls beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherrn einzureichen. Die vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen sowie mit Bauten für Bildung oder Erziehung.

C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre. Hiervon sind im Bereich Objektplanung gemäß § 34 HOAI 2013 mindestens 3 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 34 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung gem. § 34 HOAI 2013 eingereichten zwei Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-1 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 16 Punkte erreicht werden. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

	Kriterien	Gewichtung
	1. Fachlicher Wert	20 %
	2. Qualität	25 %
	3. Kundendienst	10 %
	4. Ausführungszeitraum	15 %
	5. Preis/Honorar	30 %
IV.2.2)	Angaben zur elektronischen Auktion Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein	
IV.3)	Verwaltungsangaben	
IV.3.1)	Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOF 022/2013	
IV.3.2)	Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein	
IV.3.3)	Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung: Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 23. August 2013, 14.00 Uhr Kostenpflichtige Unterlagen: Nein	
IV.3.4)	Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 26. August 2013, 14.00 Uhr	
IV.3.5)	Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –	
IV.3.6)	Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Folgende Amtssprache(n) der EU: DE	
IV.3.7)	Bindefrist des Angebots: –	
IV.3.8)	Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –	

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1)	Angaben zur Wiederkehr des Auftrags: Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
VI.2)	Angaben zu Mitteln der Europäischen Union: Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
VI.3)	Zusätzliche Angaben: Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht: http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung in der 39. Kalenderwoche 2013; Einreichung der Honorarangebote in der 43. Kalenderwoche 2013; Verhandlungsgespräche in der 45. Kalenderwoche 2013.

**VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren****VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland

Telefon: +49/040/4 28 40 - 20 39

**VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

**VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:**

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 92 - 71 20

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

**VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:
25. Juli 2013**

Hamburg, den 25. Juli 2013

Die Finanzbehörde

Der nachstehende Konzernabschluss 2012 der HASPA Finanzholding wurde am 29. April 2013 gebilligt.

Konzern-Lagebericht

Rahmenbedingungen

EZB mit Krisenbewältigungsmaßnahmen

Die Staatsschuldenkrise hat die Rahmenbedingungen der Eurozone auch im Jahr 2012 geprägt. So hat die notwendige Konsolidierung der Staatshaushalte dazu beigetragen, dass die Wirtschaftsleistung mehrerer europäischer Staaten, vor allem der südlichen Krisenländer Italien, Spanien, Griechenland und Portugal, schrumpfte oder stagnierte. Auch insgesamt befand sich der Euroraum 2012 in der Rezession.

Aufgrund des von Griechenland vollzogenen Schuldenschnitts und der Zweifel, ob große Länder wie Italien und Spanien ihre Wachstums- und Schuldenprobleme in den Griff bekommen, hielt die Unsicherheit an den Finanzmärkten an. Zur Krisenbekämpfung setzte die EZB die Vollzuteilung bei den Tendersgeschäften fort und senkte im Juli die Leitzinsen weiter. Jedoch hat erst die umstrittene Ankündigung der EZB unter bestimmten Voraussetzungen Staatsanleihen in unbegrenztem Umfang zu erwerben Vertrauen in ein Fortbestehen der Eurozone wiederhergestellt und zu einer Erholung an den Finanzmärkten geführt.

Abgeschwächtes Wachstum der deutschen Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft startete kraftvoll in das Jahr, seit dem Sommer zeigte sich jedoch eine Verlangsamung der Konjunktur, die auf eine Schwäche der Partnerländer und die krisenbedingte Verunsicherung zurückzuführen war. Insgesamt betrug das Wirtschaftswachstum 2012 0,7 Prozent. Treiber des Wachstums waren erneut die Exporte, während die Unternehmensinvestitionen nach dem Auslaufen der Konjunkturprogramme rückläufig waren.

Aufgrund der Stützungspakete für Griechenland und der im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) durch die Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen stieg die deutsche Staatsverschuldung auf 81,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im laufenden Haushalt konnte hingegen auf gesamtstaatlicher Ebene ein kleiner Überschuss erzielt werden.

Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich erneut erfreulich entwickelt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg auf einen neuen Spitzenwert von 41,6 Millionen. Die Arbeitslosenquote sank um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 Prozent.

Die Inflationsrate lag in Deutschland mit 2 Prozent leicht unter dem Vorjahreswert. Angesichts der in den Industrieländern schwächelnden Nachfrage sind die Preisüberwälzungsspielräume der Produzenten eher gering.

Wirtschaftswachstum in Hamburg

In Hamburg stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2012 um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit liegt das Wirtschaftswachstum in Hamburg leicht über dem Bundesdurchschnitt. Während von den produzierenden Wirtschaftsbereichen nur geringe Wachstumsimpulse ausgingen, konnten einige Dienstleistungsbereiche deutlich zulegen. Insbesondere das Hamburger Gastgewerbe, der Handel und die Unternehmensdienstleister verzeichneten spürbare Zuwächse. Das Hamburger Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg hat im dritten und vierten Quartal 2012 gezeigt, dass deutlich mehr der befragten Hamburger Unternehmen ihre Geschäftslage als gut denn als schlecht beurteilen. Bei den Investitions- und Personalplanungen halten sich positive und negative Stimmen in etwa die Waage. Das reale Bruttoinlandsprodukt in Hamburg dürfte 2012 um 0,5 bis 1 Prozent zugenommen haben.

Der Hamburger Arbeitsmarkt entwickelte sich positiv. Die Arbeitslosenquote sank von Januar bis Dezember 2012 von 7,8 auf 7,1 Prozent. Der jahresdurchschnittliche Bestand an Arbeitslosen ging um fast 2.000 Personen auf gut 70.000 arbeitslos gemeldete Hamburger zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg ist um 1,6 Prozent gestiegen.

Konzernstrategie

Ausrichtung der HASPA-Gruppe

Die HASPA Finanzholding hat in ihrer besonderen Rechtsform als juristische Person alten hamburgi-

schen Rechts – mit Fokus auf die Gruppenentwicklung und das Beteiligungsmanagement – dauerhaft die Verpflichtung, Sparkassengeschäft im Wirtschaftsraum Hamburg sicherzustellen. Diese in ihrer Satzung festgelegte Aufgabe ist damit verbindlicher Maßstab und Grenze von Geschäftsausrichtung und Strategie der HASPA Finanzholding. Die Gestaltung und Entwicklung der HASPA-Gruppe in einem sich wandelnden Umfeld und das mit diesem Fokus betriebene Beteiligungsmanagement stehen im Mittelpunkt des Handelns.

Kern der HASPA-Gruppe ist das erfolgreiche Sparkassengeschäft in der Metropolregion Hamburg. Dieses wird durch die Hamburger Sparkasse AG als zentralem Tochterunternehmen der HASPA Finanzholding betrieben. Die Hamburger Sparkasse AG besitzt mit ihrem dichten Filialnetz in Hamburg und Umgebung einen Grad der Kundennähe, der einzigartig ist. Die breite Aufstellung und die hohe Beratungskompetenz ermöglichen es der Hamburger Sparkasse AG nicht nur, für ihre Kunden in allen Lebenssituationen die gewünschten Leistungen erbringen zu können. Sie bedeuten auch, die Kunden bei ihren persönlichen und finanziellen Entwicklungen – vom ersten Sparbuch an – aktiv und flexibel begleiten zu können.

Die HASPA Finanzholding unterstützt die Hamburger Sparkasse AG, die erneut ihre Position als Marktführer in der Region behaupten konnte, darin, weiterhin profitabel zu wachsen und somit die Sparkassenidee langfristig zu sichern.

In der Sparkassenlandschaft haben Kooperations- und Verbundstrukturen für einen dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg der Institute zentrale Bedeutung erlangt. Die HASPA Finanzholding trägt die Verantwortung für die unternehmerische Weiterentwicklung der HASPA-Gruppe und ist ein starker Partner. Kooperationsleistungen aus dem Angebot der HASPA-Gruppe, die bestehende arbeitsteilige Strukturen der Sparkassenorganisation ergänzen, tragen dazu bei, die Wettbewerbsnachteile der Dezentralität zu vermindern und Vorteile im Sparkassengeschäft wie regionale Verwurze-

lung, Marktkennntnis, flächendeckende Präsenz, menschliches Banking und eine starke Marke zu erhalten.

Die HASPA Finanzholding ist in den vergangenen Jahren Minderheitsbeteiligungen an den schleswig-holsteinischen freien Instituten, nämlich der Sparkasse Mittelholstein AG in Rendsburg, der Sparkasse zu Lübeck AG, der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG sowie der Bordesholmer Sparkasse AG eingegangen. Die von der HASPA Finanzholding in der Vergangenheit angestrebten kapitalunterlegten Kooperationen sind als Beteiligung an öffentlich-rechtlichen Sparkassen nach der jüngsten Änderung des Sparkassengesetzes in Schleswig-Holstein nicht mehr möglich. In regional verankerten Sparkassen mit fester Verwurzelung liegt eine besondere Verantwortung in einem sich stark wandelnden Markt-, Wettbewerbs- und regulatorischen Umfeld bei dem Management vor Ort und dem Mehrheitsgesellschafter. Dabei haben sich auch die Abstimmungen zur geschäftlichen Ausrichtung zwischen Sparkassenmanagement und Gesellschaftern als erfolgskritisch erwiesen. Bei der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG wurden umfangreiche Stützungsmaßnahmen erforderlich, um den Erhalt des Sparkassengeschäfts vor Ort zu sichern. Hierfür wurden die Anteile an der Sparkasse im Rahmen einer gemeinsamen Stützung mit der Sicherungseinrichtung des Sparkassen- und Giroverbands für Schleswig-Holstein (SGVSH) auf 50 Prozent aufgestockt. Im Rahmen der Stützung hat die HASPA-Gruppe weitreichende Beiträge erbracht, die neben der Kapitalaufbringung insbesondere eine Personalbereitstellung sowie die Übernahme von Risikoaktiva beinhalten und insofern deutlich über die von Trägern üblicherweise zu erwartenden Leistungen hinausgehen. Nun unterstützt die HASPA Finanzholding auch die voraussichtliche Fusion der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG auf die Nord-Ostsee Sparkasse.

Weitere Beteiligungen der HASPA Finanzholding integraler Bestandteil der Konzernstrategie

Neben der Ausrichtung der HASPA-Gruppe auf das Retailbanking zur Sicherung der Sparkassenidee durch die Hamburger Sparkasse AG sowie durch

Konzern-Lagebericht

Beteiligungen an den freien Sparkassen in Schleswig-Holstein dienen auch die weiteren Beteiligungen diesem Ziel. Die Sicherung der Sparkassenidee wird durch die einzelnen Beteiligungsunternehmen auf unterschiedliche Weise unterstützt. Eine eher unmittelbare Unterstützung ergibt sich durch diejenigen Unternehmen, die mit den Sparkassen in direkten Leistungsbeziehungen für Produkte oder Dienstleistungen stehen. Eine eher mittelbare Unterstützung erfolgt durch die Unternehmen, die in angrenzenden Geschäftsfeldern die Angebote für sparkassentypische Kunden erweitern. Die HASPA Finanzholding begleitet diese Unternehmen aktiv mit dem Ziel, bestehende Leistungsbeziehungen zum gegenseitigen Nutzen zu optimieren und auszubauen sowie die Geschäftsmodelle wachstums- und ergebnisorientiert weiterzuentwickeln.

Unsere in der Immobilienvermittlung und -beratung tätige Tochter Grossmann & Berger GmbH bietet nicht zuletzt Anknüpfungspunkte für das Baufinanzierungsgeschäft der Hamburger Sparkasse AG. Die HASPA Finanzholding begleitet aktiv die Strategie von Grossmann & Berger, die auf konsequente Expansion mit entsprechenden Marktanteilsgewinnen ausgerichtet ist – sei es in der Hamburger Kernregion oder selektiv darüber hinaus. Die immobilienbezogenen Aktivitäten der HASPA-Gruppe werden durch drei weitere Tochtergesellschaften, die NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG, die Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH und die HASPA HanseGrund GmbH, ergänzt.

Gemeinsam mit dem Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein (SGVSH) ist die HASPA Finanzholding an der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG beteiligt. Für die LBS ist die Unterstützung der weiteren Stärkung der Verbundpartnerschaft mit ihren Vertriebspartnern, den Sparkassen in Schleswig-Holstein und Hamburg, ein zentrales Element der Weiterentwicklung. Ferner sind die neue Leben-Gesellschaften wichtige Produktlieferanten.

Ein Gemeinschaftsunternehmen der HASPA Finanzholding und des SGVSH sowie der Finanzholding der Sparkasse in Bremen ist die NRS Norddeutsche Retail-Service AG, die Stabs- und Backoffice-

Dienstleistungen für Sparkassen in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen erbringt. Sie bietet Leistungen an, die vom Kreditservice über Marktservice und Zahlungsverkehr bis hin zu Dienstleistungen in Finanzen und Controlling reichen.

Die HLS Hamburger Logistik Service GmbH als kompetenter Dienstleister für die Cash-Logistik unterstützt mit ihren Angeboten derzeit insbesondere die Hamburger Sparkasse AG und baut die Zusammenarbeit mit den Sparkassen in Norddeutschland sowie Finanzdienstleistern und Einzelhandelsunternehmen aktiv aus.

Aktives Beteiligungsmanagement bei Tochtergesellschaften im Sinne der Konzernstrategie

Die Nord-IMMO erbringt Dienstleistungen im Bereich des Immobilien-Managements sowohl für den eigenen Bestand als auch für Dritte. Die Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren – unter strategischer Begleitung durch die HASPA Finanzholding – vom Bestandhalter zu einem professionellen Immobilien-Management-Unternehmen entwickelt, das seinen Kunden umfassende Immobilien-Dienstleistungen aus einer Hand bietet. Parallel wurde wie im Vorjahr renditeorientiert in den Eigenbestand investiert. Innerhalb der HASPA-Gruppe bieten neben der Nord-IMMO auch die HASPA HanseGrund sowie das Wohnungsunternehmen Fiefstücken Dienstleistungen im Bereich des Immobilien-Managements an. Im Jahr 2012 wurde durch den gezielten Kauf von Immobilien bei dem Wohnungsunternehmen Fiefstücken die perspektivische Ertragskraft der Gesellschaft signifikant ausgebaut. Durch den konzerninternen Erwerb wesentlicher Anteile an der GBG Hansegrund GmbH durch die HASPA Finanzholding und die spätere Umfirmierung in HASPA HanseGrund wurden die Gesellschafterstruktur der immobilienverwaltenden Beteiligungen sowie der Marktauftritt harmonisiert und so die Voraussetzungen zur Hebung weiterer Synergien innerhalb des Immobilien-Managements deutlich verbessert. Zusätzlich wurde auch die Geschäftsführung der Gesellschaften personell verstärkt und weitgehend vereinheitlicht. Auf Basis dieser Neuordnung wird das Management gemein-

sam mit der HASPA Finanzholding die Organisations- und Vertriebsstrukturen der Immobiliengesellschaften weiterentwickeln und die Investitionen in den Immobilienbestand fortsetzen, um die Wachstumsziele zu erreichen.

Die Geschäftsstrategie unseres Immobilienmaklers Grossmann & Berger basiert im Kern auf zwei Säulen: dem Bereich Gewerbeimmobilien, als dem historischen Kerngeschäft des Unternehmens, sowie dem gemeinsam mit der HASPA Finanzholding in den letzten Jahren erfolgreich etablierten Bereich Wohnimmobilien. Strategisch soll die regionale Marktführerschaft im Bereich Gewerbeimmobilien bei gleichzeitiger Stärkung der Marke Grossmann & Berger auch überregional selektiv ausgebaut werden. Im Bereich Wohnimmobilien ist ebenfalls weiteres Wachstum geplant. Im Jahr 2012 führten die Eröffnung von zwei Shop-Standorten in Hamburg-Othmarschen und Lüneburg, der Kauf der Reese Immobilien Consulting und die Eröffnung eines Grossmann & Berger-Standorts in Berlin zu einer signifikanten Erweiterung des Geschäftsgebiets. So steht Grossmann & Berger nun Kunden in der Metropolregion Hamburg, in Berlin und auf Sylt mit einem umfassenden Dienstleistungsangebot zur Verfügung. Die Kunden der Hamburger Sparkasse AG können somit auf professionelle Dienstleistungen rund um die Bereiche Immobilienkauf, -verkauf und -management zurückgreifen und dabei von starker lokaler Verankerung sowie der zunehmenden Entwicklung überregionaler Expertise profitieren. Der überregionale Wachstumskurs soll in 2013 fortgesetzt werden.

Die auf Geld- und Werttransporte spezialisierte Logistiktöchter HLS wird intensiv dabei unterstützt, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und ihre Marktpresenz weiter auszubauen. Hierzu wurden die logistische Expertise sowie Marktkennntnis in der Metropolregion durch Neubesetzung ausgewählter Positionen in den Gesellschaftsorganen weiter erhöht. Die Stärkung der Vertriebskapazitäten hatte bereits zu Erfolgen bei der Kundengewinnung geführt. Nachdem in 2011 mit der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg erneut ein schleswig-holsteinisches Kreditinstitut als Neukunde gewonnen werden

konnte, wurde im vergangenen Jahr die weitere Expansion nach Schleswig-Holstein vorbereitet. Auch in 2013 sollen – zur weiteren Marktdurchdringung und zur Erreichung von Größendegressionseffekten – zusätzliche Kunden aus der Finanzdienstleistungs- und Einzelhandelsbranche gewonnen werden. Damit werden gleichzeitig die Beschäftigungsperspektiven für die Mitarbeiter nachhaltig gefestigt.

Die HASPA Finanzholding arbeitet auch im Rahmen ihres gruppenweiten Risikomanagements eng mit den Tochterunternehmen zusammen. Als Kompetenz-Center erbringt sie darüber hinaus umfangreiche Dienstleistungen insbesondere auf den Gebieten der steuerlichen, rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Beratung. So übernimmt die HASPA Finanzholding die Steuer- und Rechtsberatung für alle Konzerntöchter.

Geschäftsverlauf der HASPA-Gruppe

Entwicklung des Jahresüberschusses

Die HASPA-Gruppe konnte im Geschäftsjahr 2012 einen soliden Konzern-Jahresüberschuss von knapp 52 Millionen Euro erzielen. Dieser ist durch ein geringeres Zins- und Provisionsergebnis, aber auch durch die Vorsorge für künftige mögliche Risiken in Folgejahren geprägt. Dabei wird ein günstiges Bewertungsergebnis erreicht, gleichzeitig ist das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen jedoch durch eine in dieser Höhe ursprünglich nicht erwartete Risikovorsorge auf einzelne Beteiligungsansätze belastet. Das Konzernergebnis und dessen Entwicklung werden im Wesentlichen durch die Ergebnisse der nachfolgend dargestellten Konzernunternehmen bestimmt.

Gute Vermögens- und Finanzlage

Die Konzern-Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Milliarden Euro auf 41,6 Milliarden Euro. Diese Ausweitung ist neben dem Einlagen- und Kreditgeschäft der Hamburger Sparkasse AG auch auf die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken mit 0,5 Milliarden Euro zurückzuführen.

Konzern-Lagebericht

Die Eigenkapital-Ausstattung der HASPA-Gruppe erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr auf 3.134 Millionen Euro (Kernkapital) bzw. 3.783 Millionen Euro (Eigenmittel). Dem stehen aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen von 2.362 Millionen Euro gegenüber, so dass sich im Vorjahresvergleich nahezu unverändert eine Kernkapitalquote von 10,6 Prozent und eine Gesamtkapitalquote von 12,8 Prozent ergeben. Die HASPA-Gruppe erfüllt auf Basis der heutigen Risiko- und Kapitalpositionen bereits die strengereren zukünftigen Eigenkapitalanforderungen nach „Basel III“. Unsere Kapitalausstattung ist somit weiterhin eine gute Grundlage für ein unabhängiges und nachhaltiges Wachstum der HASPA-Gruppe.

Die Liquiditätslage der HASPA-Gruppe, die sich auch in der Kapitalflussrechnung widerspiegelt, ist vor dem Hintergrund der Refinanzierungs- und Anlagestruktur bei einem hohen Bestand an Passivmitteln aus dem Kundengeschäft der Institute als komfortabel zu bezeichnen. So tritt die Hamburger Sparkasse AG auch in Zeiten angespannter Geldmärkte aufgrund ihrer guten Mittelausstattung am Bankenmarkt weiterhin primär als Geldgeber auf. Zudem werden hochliquide Wertpapiere als Liquiditätsreserve gehalten.

Entwicklung wichtiger Unternehmen der HASPA-Gruppe**Hamburger Sparkasse AG – Jahresergebnis in einem herausfordernden Umfeld fast auf Vorjahresniveau**

Das Jahresergebnis der Haspa beträgt 75 Millionen Euro und liegt damit knapp unter dem Vorjahresergebnis sowie unter dem geplanten Wert. Der Rückgang im Betriebsergebnis vor Bewertung wird durch ein deutlich günstigeres Bewertungsergebnis sowie geringere Steueraufwendungen teilweise kompensiert.

Der Zinsüberschuss lag mit 729 Millionen Euro gut 5 Prozent unter dem hohen Vorjahreswert und etwas unter dem Planwert. Das Kundengeschäft blieb auf Wachstumskurs und trug weiterhin den größten Teil zum Zinsüberschuss bei. Hier konnten sowohl

die aktivischen als auch die passivischen Bestände teils sehr deutlich ausgeweitet werden und es wurde damit der Grundstein für zukünftige Erfolge gelegt. Der Fristentransformationsbeitrag fällt aufgrund der verringerten Risikonahme und des herausfordernden Zinsumfelds geringer aus. Erhöht haben sich hingegen die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren. Mit 76 Prozent leistete das Zinsergebnis nach wie vor den dominierenden Beitrag zum Rohertrag als Summe von Zins- und Provisionsüberschuss.

Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich aufgrund der anhaltenden Staatsschuldenkrise und der damit verbundenen Verunsicherung der Kunden im Wesentlichen Rückgänge bei den Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft – in der Planung wurde noch von höheren Werten ausgegangen. Die Beiträge der weiteren Provisionen liegen in Summe fast auf dem Niveau des Vorjahres, so dass der Provisionsüberschuss insgesamt trotz des schwierigen Marktumfelds nur leicht um 4 Millionen Euro oder 2 Prozent auf 230 Millionen Euro zurückging.

Der Aufwand bis zum Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich in Summe gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 63 Millionen Euro oder 8 Prozent auf 842 Millionen Euro erhöht. Dabei hat der Personalaufwand moderat um 8 Millionen Euro auf 355 Millionen Euro zugenommen, allerdings fällt der Anstieg geringer aus als erwartet. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich dagegen um 60 Millionen Euro auf 151 Millionen Euro. Zum einen wurde eine höhere Risikovorsorge durch Rückstellungen getroffen, zum anderen haben sich die Aufwendungen aus der jährlichen Neuberechnung der Pensionsrückstellungen aufgrund des geringeren Bewertungszinssatzes erhöht. Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind um zusammen rund 5 Millionen Euro auf insgesamt 335 Millionen Euro gesunken. Der günstigere Wert ist auch auf geringere Aufwendungen für den IT-Betrieb zurückzuführen und damit insgesamt auch eine Folge der umfangreichen Investitionen in die IT-Systeme, die den Vorjahreswert spürbar belastet

hatten. Im Planvergleich wirken sich insbesondere die nicht eingetretenen Aufwendungen für die ursprünglich für 2012 vorgesehene Einlagensicherung nach europäischen Vorgaben günstig aus.

Die Ansätze der Hamburger Sparkasse AG im Bewertungsergebnis sind in Summe – wie im Vorjahr – als konservativ zu bezeichnen. So werden die Wertpapier-Eigenanlagen nach wie vor ausschließlich nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beachtung des Wertaufholungsgebots bewertet. Das Bewertungsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr nochmals verbessert. Zum einen liegt die Risikovorsorge im Kreditgeschäft entgegen den Erwartungen unter dem bereits sehr guten Vorjahreswert. Zum anderen fällt das Bewertungsergebnis Wertpapiere infolge der Erholung am Kapitalmarkt deutlich freundlicher aus und erreicht einen positiven Wert. Ein wesentlicher Teil des Bewertungsergebnisses ist auf eine Vorsorge für künftige mögliche Risiken oder Anforderungen in den Folgejahren zurückzuführen.

Das außerordentliche Ergebnis beträgt minus 10,5 Millionen Euro und geht ausschließlich auf die Aufwendungen aus der BilMoG-Übergangsregelung zu den Pensionsrückstellungen zurück.

Nach einem gesunkenen Steueraufwand von 53 Millionen Euro verbleibt ein um 5 Millionen Euro unter dem Vorjahr liegendes Jahresergebnis von 75 Millionen Euro, das aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags an die HASPA Finanzholding weitergegeben wird.

Insgesamt erfolgsneutral zeigt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung die Umbuchung von 500 Millionen Euro aus der „Vorsorge für allgemeine Bankrisiken“ in den „Fonds für allgemeine Bankrisiken“. Diese Übertragung führt zu einer spürbaren strukturellen Verbesserung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals.

NRS Norddeutsche Retail-Service AG richtet sich auf verändertes Marktumfeld aus

Die NRS bildet mit ihren Tochterunternehmen Kredit-Service-Center GmbH und NRS Consulting

GmbH die NRS-Gruppe, die zum Stichtag rund 1.100 Mitarbeiter an den Standorten Hamburg, Bremen und Neumünster beschäftigte.

Die NRS-Gruppe bündelt für Sparkassen Marktfolge- und Stabsfunktionen und bietet Dienstleistungen in den Bereichen Finanzen und Controlling, Kredit-service, Marktservice, Digitalisierung sowie Zahlungsverkehr (als Vertriebspartner der Deutschen Servicegesellschaft für Finanzdienstleistungen mbH) an. Darüber hinaus unterstützt die NRS mit ihrem Geschäftsbereich Consulting die Sparkassen bei IT-Migrationen und bei der Prozessoptimierung bzw. -industrialisierung. Damit bietet die NRS einen optimierten bankfachlichen Komplett-Service aus einer Hand an. Aus ihrem umfassenden Leistungsspektrum heraus kann die NRS individuelle Lösungen zusammenstellen und verwirklicht durch Effizienz- und Qualitätsgewinne einen Wettbewerbsvorteil für ihre Mandanten.

Aufgrund rückläufiger Mengen liegen die Umsatzerlöse mit 83,5 Millionen Euro leicht unter Vorjahresniveau (84,6 Millionen Euro). Im Ergebnis weist die NRS einen Bilanzgewinn in Höhe von 1,4 Millionen Euro aus. Der Bilanzgewinn soll ohne eine Ausschüttung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Während bei Gründung der NRS eine Fokussierung auf Wachstum durch Komplettmigrationen verfolgt wurde, führen geänderte Rahmenbedingungen in einem aktuell stagnierenden Markt für Backoffice-Dienstleister zu einer Neupositionierung des Geschäftsmodells. Chancen werden nicht zuletzt in der Entwicklung neuer spezifischer Produkte, die auch aufgrund steigender regulatorischer Anforderungen für Sparkassen entstehen, gesehen. Bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr ist die NRS dem steigenden Marktdruck durch weitgehende Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen begegnet. Dieser Weg wird auch in der Zukunft konsequent fortgesetzt.

Das kommende Geschäftsjahr wird durch die Beendigung der Leistungsbeziehungen mit der Sparkasse Bremen geprägt sein, die zu einem bedeutsamen Rückgang der Umsatzerlöse führt.

Konzern-Lagebericht

Gleichzeitig sollen die Betriebe am Standort Bremen an die dortige Sparkasse übertragen werden. Insbesondere aufgrund der hiermit verbundenen Restrukturierungsaufwendungen wird für die beiden kommenden Jahre ein negatives Ergebnis erwartet.

Neugeschäft der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG weiter auf hohem Niveau

Die Wohnungsbauinvestitionen verzeichneten auch in 2012 ein hohes Wachstum. Günstige Finanzierungsbedingungen sowie die anhaltend hohe Bedeutung von Sachwerten bestätigten das Bausparen als ein attraktives Produkt. Die LBS erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 mit Bausparneuverträgen bezogen auf die Bausparsumme in Höhe von 1,7 Milliarden Euro einen Bausparumsatz, der auf dem sehr guten Niveau des Vorjahres lag. Im Marktbereich Schleswig-Holstein ist der Bausparumsatz insgesamt deutlich gewachsen, der Marktanteil blieb dabei mit 28,7 Prozent unverändert. Im Marktbereich Hamburg konnte der Marktanteil von 41,9 Prozent auf 42,1 Prozent gesteigert werden, während sich der Bausparumsatz rückläufig entwickelte.

Der Vermittlungsanteil der Hamburger Sparkasse AG belief sich dabei auf 40 Prozent, der Anteil der schleswig-holsteinischen Sparkassen auf 45 Prozent, und der eigene Außendienst sowie sonstige Vermittlungen trugen mit einem Anteil von 15 Prozent zum Absatzerfolg bei. Zum Jahresende betreute die LBS insgesamt 449.338 Verträge mit einer verwalteten Bausparsumme von 13,7 Milliarden Euro, die sich damit leicht um 2,3 Prozent erhöht hat.

Das Kreditneugeschäft insgesamt liegt auf Vorjahresniveau. Zwar sind die Bewilligungen kollektiver Baudarlehen infolge des niedrigen Zinsniveaus um 29 Prozent auf 79,1 Millionen Euro gesunken, konnten durch den Anstieg der Bewilligungen im außerkollektiven Kreditgeschäft um 38 Prozent auf 124,5 Millionen Euro aber kompensiert werden.

In einem insgesamt intensiven Wettbewerbsumfeld im Bausparmarkt hat die LBS im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 in Summe ein zufriedenstellendes

Jahresergebnis erzielt. Der Zinsüberschuss lag mit 54,6 Millionen Euro auf Vorjahresniveau. Das Provisionsergebnis lag bei minus 1,8 Millionen Euro und fiel damit um 2,5 Millionen Euro günstiger aus als im Vorjahr. Gleichzeitig hat sich der Verwaltungsaufwand um 2,4 Millionen Euro auf 34 Millionen Euro vermindert, wozu auch Sondereffekte im Vorjahr beigetragen haben. Nicht zuletzt aufgrund des gestiegenen Aufzinsungsaufwands für Pensionsrückstellungen hat sich das sonstige betriebliche Ergebnis um 2 Millionen Euro auf minus 2,3 Millionen Euro verschlechtert. Insgesamt hat sich das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 21,2 Prozent auf 16,5 Millionen Euro erhöht. Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis nach „Basel III“ wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken dotiert. Nach Steuern wird ein Jahresüberschuss von 5,5 Millionen Euro ausgewiesen, der vollständig an die Gesellschafter ausgeschüttet werden soll.

In der derzeitigen Niedrigzinsphase zeigt sich der Kernnutzen des Bausparens – die Absicherung gegen künftige Zinsanstiege und die Unabhängigkeit von den Entwicklungen am Kapitalmarkt. Die LBS rechnet in den kommenden Jahren mit einem weiteren Neugeschäftszuwachs und einer Stärkung der Marktposition mit der strategischen Stoßrichtung „40 plus“. In 2013 soll die Absatzleistung auf 2 Milliarden Euro Bruttobausparsumme gesteigert werden. Ferner plant die LBS für das Jahr 2013 ihr Tarifangebot an das erwartete Zinsniveau anzupassen.

neue leben Holding AG mit leicht sinkendem Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn der neue leben Holding AG, die als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen wird, beträgt im Geschäftsjahr 2012 20,4 Millionen Euro und liegt damit nur leicht unter dem Vorjahr. Aufgrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus ist aufsichtsrechtlich die Bildung einer Zinszusatzreserve zur Finanzierung der garantierten Rechnungszinsen erforderlich, die das Ergebnis belastet hat.

Die neue leben Lebensversicherung AG konnte im Geschäftsjahr 2012 sieben Sparkassenpartner

gewinnen und ihre Wettbewerbsposition weiter stärken. Somit kooperiert die neue leben mit 105 Sparkassen. Auch 2013 erhalten Kunden der neuen leben Lebensversicherung AG mit 4,75 Prozent eine im Marktvergleich überdurchschnittlich hohe Gesamtverzinsung, welche aufgrund des nachhaltig niedrigen Zinsumfelds gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte abgesenkt wurde. Wesentliche Gründe für die gute Gesamtverzinsung liegen neben einer nachhaltigen Kapitalanlagepolitik insbesondere in der Kostenstruktur der Gesellschaft.

Grossmann & Berger GmbH festigt führende Marktposition in Hamburg und expandiert nach Berlin

Unsere Maklertochter Grossmann & Berger konnte ihr operatives Ergebnis zum dritten Mal in Folge steigern. Dies reflektiert einerseits eine nach wie vor generell positive Situation auf dem Markt für Gewerbe- und Wohnimmobilien, andererseits eine führende Marktposition von Grossmann & Berger in Hamburg. Die Marke Grossmann & Berger genießt hier – nicht zuletzt durch die enge Vernetzung mit der Hamburger Sparkasse AG – hohes Vertrauen und verfügt über eine starke Marktpräsenz.

Im Jahr 2012 hat sich die positive Entwicklung am Hamburger Wohnimmobilienmarkt fortgesetzt. Eine ausgeprägte, vom niedrigen Zinsniveau beflügelte Nachfrage und ein sich verknappendes Objektangebot führten zu einem kontinuierlichen Anstieg der Preise. Die systematische Intensivierung und Erweiterung der Marktpräsenz, in 2012 gekennzeichnet durch zwei weitere Shop-Eröffnungen in Hamburg-Othmarschen und in Lüneburg, ermöglicht es Grossmann & Berger zunehmend von diesem Trend zu profitieren. In Lüneburg wurde damit zudem der erste Shop innerhalb der Metropolregion, jedoch außerhalb des Hamburger Stadtgebiets eröffnet. Im Januar 2012 wurde die Reese Immobilien Consulting in Berlin erworben. In der Folge hat Grossmann & Berger zudem einen Standort in Berlin eröffnet, um in allen Geschäftsfeldern dort mit einem umfassenden Dienstleistungsportfolio präsent zu sein. Hierdurch wird einerseits ein beschleunigter Eintritt in den Berliner

Immobilienmarkt, andererseits die Nutzung überregionaler Marktchancen als Bestandteil der Wachstumsstrategie von Grossmann & Berger ermöglicht. Dabei erweitert die Reese Immobilien Consulting selbst mit dem Angebot der Eigentümervertretung und Vermietungskoordination das Dienstleistungsportfolio, während die Investmentberatung auf Grossmann & Berger übertragen wurde.

Insgesamt erzielte Grossmann & Berger bei Umsatzerlösen in Höhe von 24,5 Millionen Euro in 2012 einen Jahresüberschuss von rund 2,7 Millionen Euro. Der Rückgang des Ergebnisses gegenüber 2011 resultiert hauptsächlich aus Sondereffekten in Höhe von 1,2 Millionen Euro aus dem Kauf der Reese Immobilien Consulting. Die HASPA Finanzholding vereinnahmt den auf sie entfallenden Teil des Jahresüberschusses phasengleich.

Für 2013 plant Grossmann & Berger im Bereich Wohnen weiteres Wachstum. Im Bereich Gewerbe soll die Marktposition in Hamburg in einem zunehmend schwierigeren Marktumfeld erfolgreich behauptet und überregionales Wachstum erzielt werden. Nach Wegfall der außerordentlichen Ergebnisbelastung in 2012 durch den Reese-Erwerb wird 2013 ein deutlich höherer Jahresüberschuss erwartet.

NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG stärkt Basis für weitere Erfolge im Immobilien-Management

Die Nord-IMMO konnte das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 0,6 Millionen Euro abschließen. Die Gesellschaft hat im vergangenen Jahr den eigenen Immobilienbestand gezielt und renditeorientiert weiterentwickelt. Ferner bietet die Nord-IMMO ihren Kunden nach wie vor professionelles Immobilien-Management aus einer Hand an. Die Ertragskraft des Unternehmens steht somit auf zwei stabilen Säulen.

Seit Anfang 2012 profitiert die Nord-IMMO, gemeinsam mit den Schwestergesellschaften Wohnungsunternehmen Fiefstücken und HASPA HanseGrund, von der Neuordnung der Immobilien-Management-

Konzern-Lagebericht

Aktivitäten der HASPA-Gruppe. Auf dieser Basis hat das Management gemeinsam mit der HASPA Finanzholding Erlössynergien innerhalb der Gruppe und Kostensynergien innerhalb der Immobilien-Management-Gesellschaften identifiziert und damit begonnen, diese zu realisieren. Im laufenden Jahr wird der eingeschlagene Weg konsequent fortgeführt. Die Einbindung der Nord-IMMO, der HASPA Hanse-Grund und des Wohnungsunternehmens Fiefstücken in die HASPA-Gruppe ermöglicht damit weitere Erfolge und erweitert die am Markt wahrgenommene Immobilienkompetenz der Gruppe spürbar um das Immobilien-Management.

Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2012 sind über die bereits dargestellten Entwicklungen hinaus keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die HASPA-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der Unternehmensgruppe führen könnten.

Risikobericht**Risikomanagementziele und Organisation**

Das verantwortungsbewusste Eingehen von mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken ist integraler Bestandteil der Marktaktivitäten der HASPA-Gruppe. Die Erfassung, Überwachung und Steuerung dieser Risiken zeichnet sich durch ein System zentraler und dezentraler Bestandteile aus. Das zentrale Risikomanagement wird zum einen durch das konzernweite, differenzierte Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding gewährleistet. In einer betriebswirtschaftlichen Orientierung steht hierbei insbesondere das frühzeitige Erkennen von Chancen und Risiken im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Beteiligungsunternehmen im Vordergrund.

Zum anderen wird das konzernweite Beteiligungsmanagement um das Risikomanagement im aufsichtsrechtlichen Sinne ergänzt, das sich insbesondere an den Anforderungen der MaRisk orientiert. Dazu gehört eine auf der Geschäftsstrategie aufbauende Risikostrategie für die HASPA-

Gruppe, die im Kern ein hanseatisch konservatives Risikoverständnis dokumentiert. Die Risikonahme im Sparkassen-Kundengeschäft erfolgt mit Schwerpunkt auf der Metropolregion Hamburg und Schleswig-Holstein. Strategisches Ziel der Risikosteuerung ist es, die Risikotragfähigkeit der betriebenen Geschäfte langfristig abzusichern und in diesem Zusammenhang auch die gruppenbezogenen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen zu erfüllen sowie die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen.

Verantwortlich für das gruppenweite Risikomanagement ist der Vorstand der HASPA Finanzholding. Dieser hat die organisatorischen Rahmenbedingungen für das Risikomanagement festgelegt. Das aufsichtsrechtliche Risikomanagement wird im Unternehmensbereich Finanzen wahrgenommen, wobei die NRS als der HASPA-Gruppe angehöriges Dienstleistungsunternehmen unterstützend tätig wird. Die operative Risikosteuerung in Form einer aktiven Risikonahme bzw. -reduktion erfolgt dezentral in den Unternehmen der HASPA-Gruppe – einschließlich der HASPA Finanzholding selbst – unter Beachtung der gruppenweiten Risikostrategie sowie des Limitsystems. Der im Unternehmensbereich Finanzen erstellte Bericht zur Ertrags- und Risikolage wird quartalsweise dem Vorstand vorgelegt und dient gleichzeitig als Basis für die Information der Aufsichtsgremien.

Neben dem zentralen Risikomanagement bestehen in den einzelnen Gruppenunternehmen dezentral Risikomanagementsysteme, über deren Ergebnisse der HASPA Finanzholding regelmäßig berichtet wird. Die konkrete Ausgestaltung des Risikomanagements in den Gruppenunternehmen richtet sich nach Art, Umfang und Komplexität ihrer jeweiligen Geschäftstätigkeit sowie etwaigen spezialgesetzlichen Anforderungen.

Gleichzeitig erfolgt auch auf Ebene der Gruppenunternehmen eine Identifizierung und Nutzung von Chancen hinsichtlich der Entwicklung der geschäftlichen Aktivitäten. Bei den Instituten der HASPA-Gruppe werden Entwicklungschancen regelmäßig im Rahmen der Strategieprozesse analysiert. Die

Umsetzung erfolgt insbesondere durch die Marktbereiche. Zudem werden Chancen im Hinblick auf eine Ertragsoptimierung bei der Allokation der Kapitalanlagen berücksichtigt. Die Fortentwicklung der bankspezifischen Produkte sowie die Umsetzung von Vertriebsmaßnahmen zur Erhöhung der Marktdurchdringung werden von den Instituten auf dezentraler Basis verantwortet. Auch bei den weiteren Gesellschaften der HASPA-Gruppe obliegt die Identifizierung und Umsetzung geschäftlicher Chancen zunächst den Beteiligungsunternehmen auf dezentraler Ebene, wobei stets der auf Gruppenebene bestehende strategische Rahmen zu berücksichtigen ist. Begleitet und ergänzt wird dieses Chancenmanagement durch das konzernweite Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding.

Konzernweites Beteiligungsmanagement

In der HASPA Finanzholding erfolgt eine Betrachtung von Chancen und Risiken mithilfe des konzernweiten Beteiligungsmanagements auf der Grundlage vereinheitlichter Planungs- und Berichtsprozesse.

Auf der Basis der Geschäftsstrategie der HASPA Finanzholding wird regelmäßig eine Analyse des Beteiligungsportfolios vorgenommen, die in die Festlegung der Beteiligungsstrategie zur Begleitung und Ausrichtung der Beteiligungsunternehmen mündet. Die Untersuchung des Beteiligungsportfolios berücksichtigt den jeweiligen strategischen Nutzen einer Beteiligung im Sinne des Beitrags zur (mittelbaren oder unmittelbaren) Förderung der Sparkassenidee wie auch – auf Basis insbesondere von Einschätzungen zur Marktentwicklung und Marktpositionierung – das Wertsteigerungspotenzial. Aus den Analyseergebnissen folgt die Ableitung der zentralen Stoßrichtungen für die Entwicklung der jeweiligen Unternehmen sowie mit dem Management der Beteiligungsunternehmen zu diskutieren der Maßnahmenpläne. Die Umsetzungsbegleitung bzw. -verfolgung der definierten Stoßrichtungen und Maßnahmen wird durch die Vorbereitung von Mandatsträgern in Aufsichtsgremien und den direkten Austausch mit Führungskräften der Beteiligungsunternehmen bis hin zu umfangreicher, gemeinsamer Projektarbeit sichergestellt. Daneben

erfolgt eine Begleitung zentraler Tochterunternehmen durch die gesellschaftsübergreifende, teilweise Personenidentität in Geschäftsleitungs- und Aufsichtsorganen.

Der regelmäßige Berichtsprozess besteht im Wesentlichen aus zwei Komponenten. Zunächst werden in einem jährlichen Prozess durch das Management des jeweiligen Beteiligungsunternehmens unter Berücksichtigung der strategischen Unternehmensziele operationalisierende Budget- und Mittelfristplanungen abgeleitet. Auf dieser Basis werden in einer quartalsweisen Betrachtung die laufenden Berichtszahlen den Plan- bzw. letzten Vorschau-Zahlen gegenübergestellt und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen im Rahmen des oben skizzierten Diskussionsprozesses zwischen dem Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding, dem Management der Beteiligungsunternehmen, den Mandatsträgern und dem Vorstand der HASPA Finanzholding entwickelt. Die quartalsweise Betrachtung mündet in die an den Vorstand gerichtete Erfolgsvorschau der HASPA Finanzholding, die das Geschäftsjahresergebnis und darüber hinaus gegen Jahresende die Ergebnisse der folgenden drei Geschäftsjahre prognostiziert. Sowohl die quartalsweisen Erfolgsvorschauen wie auch die (Mittelfrist-)Planungen werden regelmäßig dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben.

Ergänzend zu der regelmäßigen Berichterstattung unterliegen wesentliche Erkenntnisse aus den Risikomanagementsystemen dieser Unternehmen einer Ad-hoc-Berichterstattung.

Im Rahmen des Berichtsprozesses sollen möglichst frühzeitige und systematische Erkenntnisse zur Ergebnislage und zu etwaigen Fehlentwicklungen generiert werden, die die Basis für die Erörterung zwischen der HASPA Finanzholding und den Beteiligungsunternehmen bilden.

Risikomessung und -steuerung nach MaRisk – Risikotragfähigkeitskonzept

Die in das zentrale Risikomanagement im Sinne der MaRisk einzubeziehenden Unternehmen der HASPA-Gruppe (Risikomanagementgruppe) werden

Konzern-Lagebericht

mithilfe quantitativer und qualitativer Kriterien bestimmt. In diesem Rahmen werden die auf Basis der strategischen Ausrichtung der HASPA-Gruppe eingegangenen und über eine jährliche bzw. anlassbezogene Risikoinventur identifizierten wesentlichen Risiken einbezogen und regelmäßig überwacht.

Die wesentlichen Risiken und die Deckungsmasse werden in einer monatlichen Risikotragfähigkeitsrechnung einander gegenübergestellt. Dadurch wird sichergestellt, dass alle wesentlichen Risiken durch das zur Deckung potenzieller Verluste verfügbare Kapital laufend abgedeckt sind. Soweit möglich erfolgt die Risikomessung barwertig mit geeigneten Value-at-Risk-Modellen auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 Prozent. Für die jeweils unterstellten Haltedauern der Risikopositionen sind die zugehörigen Steuerungsprozesse ausschlaggebend. Im Grundsatz gilt, dass die Risikotragfähigkeitsrechnung für einen Risikohorizont von einem Jahr erstellt wird und daher für die einzelnen Risikoarten eine entsprechende Haltedauer gewählt wird. Können bei einem Gruppenunternehmen aufgrund der implementierten Prozesse auch sehr kurzfristig Steuerungsentscheidungen zur Risikoanpassung getroffen werden, erfolgt die Annahme einer kürzeren Haltedauer, um eine Überzeichnung des Risikos zu vermeiden. Zur Begrenzung einer Kumulation der eingetretenen Risiken auf Jahressicht werden für die betreffenden Risikoarten entsprechende Verlustlimite eingerichtet.

Bei der Aggregation der Risiken der HASPA-Gruppe werden derzeit keine risikoreduzierenden Wechselwirkungen zwischen den Risikoarten unterstellt bzw. wird über eine Korrelationsannahme von eins ein konservativer Ansatz gewählt. Die Risikodeckungsmasse besteht im Wesentlichen aus der Sicherheitsrücklage der HASPA Finanzholding, den Reserven für allgemeine Bankrisiken und Gewinnrücklagen sowie dem Konditionsbeitragsbarwert und den stillen Reserven in Wertpapieren der Hamburger Sparkasse AG.

Der Vorstand der HASPA Finanzholding legt mindestens einmal jährlich oder anlassbezogen unter

Berücksichtigung des Gesamtrisikoprofils und der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse ein Gesamtrisikolimit für die Gruppe fest. Hierbei gilt die grundsätzliche Bedingung, dass nur rund 1/3 der Risikodeckungsmasse im Rahmen der Limitfestsetzung disponiert wird, womit dem Prinzip der 3-fachen Überlebenswahrscheinlichkeit Rechnung getragen wird. Gleichzeitig wird bei der Limitfestsetzung überprüft, ob die verbleibende Risikodeckungsmasse zur Unterlegung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen ausreicht (regulatorische Nebenbedingung). Hierdurch wird verhindert, dass aufsichtsrechtlich gebundene Eigenkapitalbestandteile auch zur Abdeckung der Risikopotenziale im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung herangezogen werden. Die HASPA-Gruppe verfolgt damit einen Going-Concern-Ansatz.

Auf Basis des festgelegten Gesamtrisikolimits der Gruppe werden Risikolimits für die einzelnen Unternehmen der Risikomanagementgruppe abgeleitet. Die Auslastung von Verlustlimiten wird auf das unternehmensbezogene Limit und somit auch auf das festgelegte Gesamtrisikolimit angerechnet. Zur Überwachung der Limite wird ein Ampelsystem eingesetzt, das beim Überschreiten von bestimmten Schwellenwerten eine Berichterstattung an den Vorstand sowie grundsätzlich Steuerungsmaßnahmen auslöst.

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der HASPA-Gruppe wird über die Einhaltung des Gesamtrisikolimits hinaus freie Risikodeckungsmasse in angemessener Höhe vorgehalten.

Die auf monatlicher Basis vorgenommene Risikotragfähigkeitsrechnung zeigte per 31. Dezember 2012 eine Limitauslastung von 56,7 Prozent (Vorjahr 61,2 Prozent). Die Verteilung der Limitauslastung auf die Risikoarten stellte sich dabei wie folgt dar:

	31.12.2012	31.12.2011
Adressenausfallrisiko	25,1 %	19,5 %
Beteiligungsrisiko	8,6 %	6,3 %
Marktpreisrisiko	28,6 %	25,0 %
Zinsrisiko	10,2 %	28,5 %
Operationelles Risiko	27,5 %	20,7 %

Über die gruppenweite Risikotragfähigkeitsrechnung hinaus bestehen für bestimmte Unternehmen der Risikomanagementgruppe weitere Kernrisikoindikatoren und Risikotoleranzen, die sich insbesondere auf die aufsichtsrechtliche Eigenkapital- und Liquiditätskennziffer, den Status im Rahmen des Risikomonitorings der Sparkassen-Finanzgruppe sowie intern festgelegte Kennziffern zum Adressenausfall- und operationellen Risiko beziehen. Die Überwachung der Kernrisikoindikatoren erfolgt in einem quartalsweisen Turnus. Bei einer Überschreitung der Risikotoleranzen erfolgt eine Information des Vorstands, der über die Einleitung von möglichen Steuerungsmaßnahmen entscheidet. Die festgelegten Risikotoleranzen wurden im Jahr 2012 grundsätzlich eingehalten. Eine Ausnahme bildet die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG. Die bei einigen Kennzahlen überschrittenen Risikotoleranzen reflektieren auch die derzeit stattfindende Restrukturierung dieser Sparkasse.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko als für Retail-Bankkonzerne traditionell zentrale Risikoart ist auch in der HASPA-Gruppe von wesentlicher Bedeutung. Das Adressenausfallrisiko bezeichnet die Risiken aus Bonitätsveränderungen bis hin zur Insolvenz von Geschäftspartnern. Es beinhaltet sowohl Risiken aus dem klassischen Kreditgeschäft (Kreditrisiko) als auch aus dem Handelsgeschäft (Kontrahenten- und Emittentenrisiken). Dabei setzt sich der mögliche Verlust aus zwei Komponenten zusammen: dem erwarteten und dem unerwarteten Verlust aus mit Adressenausfallrisiken behafteten Positionen. Der erwartete Verlust ergibt sich aus der Bonitätsstruktur des risikobehafteten Portfolios und wird über Ratings und Ausfallwahrscheinlichkeiten berechnet. Er spiegelt die im langfristigen Mittel jährlich zu erwartenden Abschreibungen und Wertberichtigungen wider. Im Rahmen der Risikovorsorge wird dieser Verlusterwartung Rechnung getragen, so dass sich für das barwertige Gesamtrisiko der HASPA-Gruppe keine weitere Berücksichtigung ergibt. Der unerwartete Verlust stellt das Adressenausfallrisiko im engeren Sinne dar und wird als Credit-Value-at-Risk im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung der HASPA-Gruppe quantifiziert.

Der Credit-Value-at-Risk ist das Ergebnis aus der Simulation im Kreditportfoliomodell zum 99-Prozent-Konfidenzniveau. Die Simulation erfolgt mithilfe der Anwendung Credit Portfolio View der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH. Die Simulationen beziehen sich jeweils auf die Gesamtportfolios der relevanten Unternehmen der Risikomanagementgruppe mit einem Risikohorizont von einem Jahr. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 betrug das Risikopotenzial 157,9 Millionen Euro (Vorjahr 153 Millionen Euro). Der Risikoanstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere im Hinblick auf das gewachsene Kreditvolumen der HASPA-Gruppe moderat.

Der wesentliche Teil des Adressenausfallrisikos entfällt dabei auf die Hamburger Sparkasse AG. Das Adressenausfallrisiko ist hier insbesondere gekennzeichnet durch das Kreditgeschäft mit privaten Kunden, Firmen-, Unternehmens- und Immobilienkunden. Das Kundenkreditportfolio ist breit gestreut und in großen Teilen grundpfandrechtlich besichert. Die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG bewegt sich durch die strategische Ausrichtung auf die Finanzierung des überwiegend selbst genutzten Wohneigentums primär im Segment des risikoarmen und standardisierten Privatkundengeschäfts. Das Kreditportfolio der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG ist derzeit geprägt durch Finanzierungen von mittelständischen Firmenkunden, wobei ein Schwerpunkt im Bereich erneuerbarer Energien liegt.

Die Kreditrisikonahme im Kundengeschäft erfolgt innerhalb des Geschäftsgebiets der HASPA-Gruppe mit Schwerpunkt auf der Metropolregion Hamburg und Schleswig-Holstein. Die hieraus entstehende regionale Risikokonzentration wird bewusst eingegangen und steht im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie der HASPA-Gruppe. Nicht zuletzt aufgrund des hohen Bestands an grundpfandrechtlich besicherten Krediten bei den Instituten der Risikomanagementgruppe besteht zudem eine Risikokonzentration bei immobilienbezogenen Geschäften. Auch hier profitiert die HASPA-Gruppe von Informationsvorteilen aufgrund der lokalen Marktkennntnis und geht die Risikokonzentration

Konzern-Lagebericht

bewusst ein, wobei eine angemessene Überwachung auf Gruppenebene und in den Instituten der Risikomanagementgruppe erfolgt.

Zur Bonitätsbeurteilung der einzelnen Kreditengagements werden in der HASPA-Gruppe die gemeinsam in der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Ratingverfahren genutzt. Die Bildung von Risikovorsorge erfolgt in den Instituten der Risikomanagementgruppe nach jeweils festgelegten Kriterien. Insgesamt sind die Kreditrisiken über eine angemessene Risikovorsorge abgedeckt.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken in den Wertpapieranlagen und im Interbanken-Handel der Hamburger Sparkasse AG wird durch eine grundsätzliche Beschränkung auf Handelspartner erstklassiger Bonität sowie durch ein breit diversifiziertes Portfolio und ein dezidiertes Limitsystem begegnet. Durch den sukzessiven Ausbau der Besicherung im Handelsgeschäft wird das Ausfallrisiko zusätzlich begrenzt. Bei der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG werden die Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken zudem durch die Anlagevorschriften im Bausparkassengesetz deutlich eingeschränkt. Die HASPA Finanzholding legt ihre freie Liquidität – außer in Termingeldern bei der Hamburger Sparkasse AG – im Wesentlichen in bonitätsmäßig einwandfreien Schuldverschreibungen deutscher Banken bzw. öffentlicher Emittenten an. Die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, die derzeit keine Wertpapierbestände hält, beschränkt sich bei der Liquiditätsanlage im Interbanken-Handel auf Adressen aus der Sparkassen-Finanzgruppe.

Fast 90 Prozent der Bruttoforderungen der Hamburger Sparkasse AG liegen aufgrund der regionalen Ausrichtung als Retailbank in Deutschland. Zur Steuerung des Länderrisikos wurden geeignete Maßnahmen ergriffen. Dazu zählen neben dem Abbau betroffener Positionen die Reduzierung der vergebenen Länderlimite, der Ausbau der Besicherung bestehender Geschäfte sowie eine Weiterentwicklung der diesbezüglichen Berichte an die Geschäftsleitung. Der Anteil der in den Eigenanlagen der LBS Schleswig-Holstein-Hamburg AG enthalte-

nen besicherten Bankanleihen spanischer Emittenten sowie der spanischen und italienischen Staatsanleihen wurde im Laufe des Jahres 2012 deutlich reduziert.

Beteiligungsrisiko

Aufgrund von Rolle und Funktion der HASPA Finanzholding sowie der damit verbundenen besonderen Bedeutung des Beteiligungsrisikos für das Risikomanagement der HASPA-Gruppe wird diese Risikoart als wesentliches Risiko im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung separat betrachtet.

Unter dem Beteiligungsrisiko wird das Risiko eines bilanziellen Verlustes aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio der HASPA-Gruppe verstanden. Der Begriff Beteiligungen umfasst dabei alle offenen und stillen Beteiligungen an verbundenen und assoziierten Unternehmen sowie die sonstigen offenen und stillen Beteiligungen der HASPA-Gruppe. Darüber hinaus werden durch die HASPA Finanzholding Darlehen gewährt, die eher Beteiligungscharakter aufweisen bzw. in engem Zusammenhang mit Beteiligungen stehen und daher dem Beteiligungsrisiko zugeordnet werden.

Die Quantifizierung des Beteiligungsrisikos erfolgt grundsätzlich in Anlehnung an die aufsichtsrechtlichen Vorgaben aus der Solvabilitätsverordnung durch die Anwendung eines Risikofaktors auf die Beteiligungsbuchwerte. Bei bestimmten Beteiligungen wird bei der Risikoquantifizierung ein kapitalmarktbasierter Risikoindikator genutzt. Das Risikopotenzial betrug zum 31. Dezember 2012 54,3 Millionen Euro (Vorjahr 49,7 Millionen Euro). Der Risikoanstieg ist im Wesentlichen auf eine angepasste Risikobewertung der Private Equity-Beteiligungen der Hamburger Sparkasse AG zurückzuführen.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko umfasst die Gefahr von Verlusten durch die Veränderung von Marktpreisen wie beispielsweise Zinssätzen, Spreads, Aktien- sowie Devisenkursen und schließt auch die Veränderungen von Immobilienpreisen mit ein. Die Marktpreisrisiken in der HASPA-Gruppe resultieren im Wesentlichen aus den über Spezialfonds gehaltenen Kapitalanlagen.

Das Marktpreisrisiko der Spezialfonds der Gruppenunternehmen wird grundsätzlich über ein Portfolio-modell ermittelt. Hierbei erfolgt eine Aggregation der Risiken der einzelnen Vermögensklassen zu einem Portfoliorisiko unter Berücksichtigung von Korrelationen. Basis der Risikoermittlung sind historische Zeitreihen von Referenzindizes, die den einzelnen Vermögensklassen zugeordnet werden. Berücksichtigt werden dabei sämtliche relevante Ausprägungen des Marktpreisrisikos. In Abhängigkeit von der konkreten Allokation der Spezialfonds beinhaltet das quantifizierte Risiko daher neben den Zins- und Spreadrisiken aus Anleihen auch Aktienrisiken, Immobilienrisiken sowie ggf. Risiken aus rohstoffabhängigen Geschäften und Währungsrisiken. Insbesondere Rohstoff- und Währungsrisiken werden in der HASPA-Gruppe jedoch nur in geringem Maße eingegangen. So sind die Investitionen in den Spezialfonds weiterhin größtenteils wechsellkursgesichert und auch der weitestgehend kundeninduzierte Devisenhandel ist grundsätzlich durch geschlossene Währungspositionen geprägt.

Für die Ermittlung des Portfoliorisikos wird ein Konfidenzniveau von 99 Prozent und in Abhängigkeit von den Steuerungsprozessen in den Gruppenunternehmen sowie der Liquidität der Assetklassen eine Haltedauer von einem Monat bis zu einem Jahr zugrunde gelegt. Das quantifizierte Risikopotenzial lag zum 31. Dezember 2012 bei insgesamt 180,3 Millionen Euro (Vorjahr 196,8 Millionen Euro inklusive Auslastung der Verlustlimite). Betrachtet man die um die Verlustlimitauslastung bereinigte Entwicklung in 2012, ist ein Anstieg des barwertigen Risikos erkennbar, der insbesondere auf Portfolioanpassungen im Spezialfonds der Hamburger Sparkasse AG zurückzuführen ist. Hier wurden bei einem insgesamt rückläufigen Portfoliovolumen im Verlauf des Jahres die Aktienbestände leicht erhöht und Unternehmensanleihen sowie Anleihen aus den Emerging Markets erworben, während bei niedrig verzinsten deutschen Anleihen ein deutlicher Abbau von Positionen erfolgt ist. Die LBS Schleswig-Holstein-Hamburg AG hat ihre Kapitalanlage im Jahresverlauf sukzessive erhöht und dabei auch den Anteil der Unternehmensanleihen angehoben. Zusammen mit einer in diesem Zusammenhang vorgenommenen Anpassung der

Risikomessmethodik sind die Marktpreisrisiken auch bei der LBS Schleswig-Holstein-Hamburg AG entsprechend angestiegen.

Zinsrisiko

Unter dem Zinsrisiko als Ausprägung des Marktpreisrisikos versteht man das potenzielle Verlustrisiko, welches durch eine Änderung der am Markt geltenden Zinsstrukturkurve entstehen kann. Es resultiert aus dem Umfang der eingegangenen Fristentransformation im Aktiv- und Passivgeschäft.

Auch zur Ermittlung des Zinsrisikos wird die Value-at-Risk-Methode in Form einer historischen Simulation eingesetzt. Das Risiko wird auf einem Konfidenzniveau von 99 Prozent berechnet. Die unterstellte Haltedauer richtet sich dabei nach den in den jeweiligen Gruppenunternehmen implementierten Steuerungsprozessen und liegt zwischen einem Monat und einem Jahr. Für die Risikoquantifizierung werden sämtliche zinstragenden Aktiv- und Passivgeschäfte bzw. Bilanzpositionen in Cash Flows (Tilgungs- und Zins-Cash Flows) grundsätzlich gemäß ihrer tatsächlichen Zinsbindung aufgeteilt. Bei variablen Positionen mit unbestimmter Zins- oder Kapitalbindung werden die Cash Flows mittels Ablaufkitionen ermittelt.

Das potenzielle Risiko betrug zum Jahresende insgesamt 64,3 Millionen Euro (Vorjahr 224,5 Millionen Euro). Der Vorjahreswert war wesentlich auf eine höhere Auslastung der Verlustlimite infolge der Entwicklung der Zinsstrukturkurve zurückzuführen. In barwertiger Sicht wurden vor dem Hintergrund des vergleichsweise niedrigen Zinsniveaus in 2012 insbesondere bei der Hamburger Sparkasse AG Zinsrisiken bewusst nur in vergleichsweise geringem Umfang eingegangen. Gleichzeitig wurde zur Sicherstellung nachhaltig positiver Beiträge aus der Fristentransformation sukzessive die strategische Grundposition in überjährigen Laufzeiten ausgebaut.

Operationelles Risiko

Unter operationellen Risiken wird die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen,

Konzern-Lagebericht

Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten, verstanden. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Die Quantifizierung des operationellen Risikos in der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt anhand eines Indikators, der sich an den Bruttoerträgen der einzelnen Gruppenunternehmen orientiert (Basisindikatoransatz). Der entsprechend ermittelte Risikowert beträgt zum 31. Dezember 2012 173,5 Millionen Euro (Vorjahr 162,9 Millionen Euro). Der leichte Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf eine Erhöhung der maßgeblichen Bruttoerträge bei der Hamburger Sparkasse AG zurückzuführen.

Darüber hinaus werden Schadensfälle, die aus operationellen Risiken resultieren, in der HASPA-Gruppe zentral in einer Schadensfalldatenbank erfasst und regelmäßig ausgewertet. Ergänzt wird die Erfassung operationeller Risiken zudem um die jährliche Selbsteinschätzung der Gruppenunternehmen zu verschiedenen Kategorien des operationellen Risikos.

Zur Vermeidung bzw. Verringerung von operationellen Risiken besteht auf Ebene der einzelnen Unternehmen der HASPA-Gruppe eine Vielzahl von Maßnahmen. Durch die jeweils implementierten internen Kontrollsysteme soll ein fehlerfreier und reibungsloser Geschäftsablauf sichergestellt werden. Die betrieblichen Abläufe sind in Dienstweisungen geregelt und werden durch die Interne Revision der jeweiligen Gruppenunternehmen überwacht. Insbesondere in den Instituten liegen zudem differenzierte Notfallpläne für den IT-Bereich vor. Berechtigungssysteme sowie Kontroll- und Überwachungsprozesse gewährleisten den Schutz vertraulicher Informationen vor unberechtigten Zugriffen.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können oder wenn die Liquidität nur zu erhöhten Marktpreisen beschafft werden kann, wodurch sich der Zinsauf-

wand erhöht. Das Marktliquiditätsrisiko bezeichnet Engpässe an den Geld- und Kapitalmärkten, in deren Folge es nicht oder nur eingeschränkt möglich ist, zur Deckung eines Liquiditätsbedarfs Vermögenswerte zu veräußern bzw. dies nur mit Abschlägen vom Marktwert möglich ist.

In der HASPA-Gruppe ist das Liquiditätsmanagement dezentral organisiert. Während die HASPA Finanzholding aufgrund des hohen Bestands an liquiden Aktiva und vollständiger Eigenkapital-Refinanzierung keinem nennenswerten Liquiditätsrisiko unterliegt, spielt die Liquiditätssteuerung bei der Hamburger Sparkasse AG, der LBS Schleswig-Holstein-Hamburg AG sowie der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit und -struktur eine wesentliche Rolle.

Die Beurteilung der Liquiditätslage auf Gruppenebene basiert daher im Wesentlichen auf den Liquiditätsanalysen der Institute, die der HASPA Finanzholding regelmäßig übermittelt und im Risikobericht dargestellt werden. Zusätzlich wird im Rahmen der Kernrisikoindikatoren die Risikotoleranz hinsichtlich der aufsichtsrechtlichen Kennziffern der Institute überwacht.

Die Liquiditätslage der HASPA-Gruppe ist vor dem Hintergrund der bestehenden Refinanzierungs- und Anlagestruktur sowie vielfältiger Fundingmöglichkeiten komfortabel. Neben dem hohen Bestand an Passivmitteln aus dem Kundengeschäft der Institute steht der Hamburger Sparkasse AG durch die Schaffung eines komfortablen Deckungsstocks auch der Pfandbriefmarkt als nachhaltige Liquiditätsquelle zur Verfügung. Die Liquiditätsanalysen der Institute lassen keine wesentlichen Risiken erkennen. Die Kennziffern der Institute nach der Liquiditätsverordnung und die definierten Schwellenwerte wurden in 2012 jederzeit eingehalten. Zudem haben die Proberechnungen der Hamburger Sparkasse AG hinsichtlich der im Zuge von „Basel III“ neu zu implementierenden Liquiditätskennzahlen Liquidity Coverage Ratio – kurz LCR – sowie der Net Stable Funding Ratio – kurz NSFR – ergeben, dass die geforderten Werte bereits heute eingehalten werden.

Stresstests

Stresstests sind Methoden, mit denen die Verlustanfälligkeit bezüglich außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse überprüft wird.

Risikoartenübergreifende Szenariobetrachtungen werden regelmäßig in barwertiger Form vorgenommen. Dabei ist das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs als hypothetisches Szenario ausgestaltet, während im Rahmen des historischen Szenarios Finanzmarktkrise der in den Jahren 2007 bis 2009 beobachtete Einbruch der Wirtschaftsleistung und der Kapitalmärkte auf Basis des aktuellen Gruppenportfolios simuliert wird.

Bei den regelmäßigen Sensitivitätsanalysen werden die für die einzelnen Risikoarten wesentlichen Risikofaktoren in verschiedenen Stufen variiert. Für das Adressenausfallrisiko werden neben konjunkturell bedingt höheren Ausfallraten Ratingshifts für das Gesamtportfolio der HASPA-Gruppe simuliert. Beim Zinsrisiko werden eine parallele Verschiebung sowie weitere hypothetische Veränderungen der Zinsstrukturkurve vorgenommen. Im Bereich des Marktpreisrisikos werden sowohl hypothetische als auch historische Wertänderungen für einzelne Assetklassen simuliert, wobei die Aggregation ohne Berücksichtigung von risikomindernden Diversifikationseffekten erfolgt. Für das Beteiligungsrisiko werden erhöhte Abschreibungen aufgrund rückläufiger Ertragswerte unterstellt.

Zudem werden regelmäßig inverse Stresstests auf Basis der Sensitivitätsanalysen vorgenommen. Hierbei wird untersucht, ab welchen Ausprägungen bestimmter Risikoparameter die Fortführung der Geschäftstätigkeit der Gruppe nicht mehr gewährleistet wäre. Schließlich wird für alle barwertig gemessenen Risiken das Konfidenzniveau von 99 Prozent auf 99,9 Prozent erhöht.

Die Ergebnisse der Stresstests werden regelmäßig der Risikodeckungsmasse und dem Gesamtrisikokapitallimit gegenübergestellt. Die Limitauslastung bei einer Erhöhung des Konfidenzniveaus von 99 auf 99,9 Prozent lag zum 31. Dezember 2012 bei 82,1 Prozent. Auch die übrigen vorgenommenen Stresstests führten zu dem Ergebnis, dass die Risikotragfähigkeit im Stressfall gegeben wäre.

Risikobewertung

Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HASPA-Gruppe haben können, sind für das laufende Jahr nicht erkennbar.

Risikomanagement im Rechnungslegungsprozess

Die Verantwortlichkeit für den Konzernrechnungslegungsprozess ist im Unternehmensbereich Finanzen der HASPA Finanzholding angesiedelt, der die bilanzrechtlichen und konzeptionellen Grundsatzfragen einschließlich der Festlegung des Konsolidierungskreises sowie der Konsolidierungsmethodik erarbeitet und in einer Konzernrichtlinie verbindlich regelt. Die Konzernrechnungslegung setzt im ersten Schritt auf dezentral erstellten und verantworteten Einzelabschlüssen auf. Hierfür sehen die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen angemessene Kontrollen vor, insbesondere in Form von Funktionstrennungen, Zugriffsberechtigungssystemen und Beachtung des 4-Augen-Prinzips. Die Konzernbuchführung sowie Überleitungen und technische Konsolidierungsschritte werden durch die NRS als konzerninternem Dienstleister vorgenommen. Deren Ergebnisse unterliegen ebenso dem bereits skizzierten Kontrollsystem und werden zusätzlich durch die HASPA Finanzholding plausibilisiert. Darauf aufbauend werden die zur Aufstellung vorgesehene Konzern-Bilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Anhang und der Lagebericht bei der HASPA Finanzholding erstellt.

Konzern-Lagebericht

Ausblick

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

In weiten Teilen der Eurozone dürfte sich die Rezession auch in 2013 fortsetzen, da die langfristig notwendigen Anpassungsmaßnahmen zunächst restriktive Wirkungen entfalten. Deutschland dürfte es dagegen im laufenden Jahr gelingen, ein moderates Wachstumsplus zwischen 0,5 und 1 Prozent zu erzielen. Treibende Kraft sollte dabei die Binnen- nachfrage sein, die von einer nachhaltig erfreulichen Situation am Arbeitsmarkt profitiert. Hingegen sind vom Außenbeitrag keine großen Wachstumsimpulse zu erwarten.

Angesichts der Rezession in der Eurozone und als Beitrag zur Lösung der Staatsschuldenprobleme wird die EZB 2013 an ihrer expansiven Geldpolitik festhalten. Der Leitzins dürfte weiterhin auf dem sehr niedrigen Niveau von 0,75 Prozent liegen. Er könnte im Jahresverlauf sogar noch weiter reduziert werden, um die wirtschaftliche Erholung der Eurozone zu unterstützen. Unmittelbare Inflationsgefahren sind derzeit trotz des niedrigen Zinsniveaus nicht zu erkennen. Die Prognosen für die Preissteigerungsrate liegen bei rund 2 Prozent. Auf gesamtstaatlicher Ebene dürfte Deutschland erneut einen in etwa ausgeglichenen Haushalt erreichen. Trotzdem werden die Konsolidierungsbemühungen nicht zuletzt im Hinblick auf die Schuldenbremse auch hierzulande fortgesetzt werden müssen.

Verhaltene konjunkturelle Dynamik in Hamburg

Das Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg zeigt im vierten Quartal 2012 per saldo leicht negative Einschätzungen zur künftigen Geschäftslage. Bei den Investitions- und Personalplanungen halten sich positive und negative

Erwartungen in etwa die Waage. Günstig werden von den befragten Unternehmen die Exportaussichten beurteilt. Diese Ergebnisse deuten auf eine verhaltene konjunkturelle Dynamik in Hamburg in den kommenden Monaten hin. Die Außenhandelsmetropole Hamburg könnte 2013 ein reales Wirtschaftswachstum von 0,5 bis 1 Prozent erreichen. Der Hamburger Arbeitsmarkt sollte sich weiterhin durch eine hohe Stabilität auszeichnen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte leicht zunehmen.

Voraussichtliche Entwicklung der HASPA-Gruppe

Die erwartete Entwicklung der HASPA-Gruppe wird insbesondere von der strategischen Ausrichtung auf das Retailbanking in der Metropolregion Hamburg sowie durch ein aktives Beteiligungsmanagement beeinflusst. Aufgrund der konsequenten Fokussierung auf das Retailgeschäft mit einer umfassenden Betreuung der Kunden wird mit einer weiteren Erhöhung der Kundeneinlagen und insbesondere der Kreditbestände gerechnet. Wesentlich für das Konzernergebnis ist die Ertragsprognose der Hamburger Sparkasse AG. Diese erwartet den Zinsüberschuss in 2013 auf dem Niveau des abgelaufenen Jahres, während der Provisionsüberschuss aufgrund des steigenden Kundenvertrauens in die Geld- und Kapitalmärkte deutlich zunehmen sollte. Der Verwaltungsaufwand wird insbesondere aufgrund von Aufwendungen für die Einlagensicherung nach europäischen Vorgaben sowie einer Zunahme der Personalkosten höher erwartet, so dass das Ergebnis auf dem Niveau des Jahres 2012 prognostiziert wird. Auf dieser Basis sowie aufgrund eines voraussichtlich günstiger ausfallenden Ergebnisses aus assoziierten Unternehmen streben wir für die Jahre 2013 und 2014 einen moderat steigenden Konzern-Jahresüberschuss der HASPA-Gruppe an.

Zusammenfassende Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

Die HASPA-Gruppe erwartet für die Jahre 2013 und 2014 keine sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ auswirkenden Risikosituationen. Die Risiken der künftigen Entwicklung sind nicht bestandsgefährdend; vielmehr stehen ihnen erhebliche Markt- und Wachstumschancen der HASPA-Gruppe gegenüber.

Die HASPA-Gruppe wird aus einer starken Marktposition in der Metropolregion Hamburg heraus ihre Eigenständigkeit bewahren und zur Sicherung der Sparkassenidee in ihrem Wirkungskreis beitragen.

Hamburg, den 27. März 2013

Der Vorstand

Konzern-Bilanz

der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2012

Aktiva

Alle Betragsangaben in T€

		2012	2011
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		258.601	208.111
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		247.153	352.621
		505.754	560.732
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-	-
b) Wechsel		-	-
		-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		1.408.719	997.419
b) andere Forderungen	(1)	908.595	983.064
		2.317.314	1.980.483
4. Forderungen an Kunden	(2)	30.366.484	28.271.402
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	12.925.373		(11.975.987)
Kommunalkredite	369.196		(195.252)
Baudarlehen aus dem Bauspargeschäft	596.681		(637.734)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(3)		
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten		-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-		(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-		(-)
		-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten		1.793.529	1.372.044
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.793.529		(1.297.589)
bb) von anderen Emittenten		1.251.915	1.477.197
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.251.915		(1.269.387)
		3.045.444	2.849.241
c) eigene Schuldverschreibungen		-	-
Nennbetrag	-		(-)
		3.045.444	2.849.241
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	(4)	4.469.861	5.899.449
6a. Handelsbestand	(5)	162.195	218.742
7. Beteiligungen	(6)	138.512	145.449
darunter: an Kreditinstituten	12.468		(12.453)
an Finanzdienstleistungsinstituten	12.176		(9.157)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		36.827	32.632
darunter: an Kreditinstituten	-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-		(-)
9. Anteile an assoziierten Unternehmen	(7)	91.485	100.945
10. Treuhandvermögen	(8)	206	314
darunter: Treuhandkredite	206		(314)
11. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		-	-
12. Immaterielle Anlagewerte	(9)		
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		57.010	63.727
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-	76
d) geleistete Anzahlungen		4.761	2.971
		61.771	66.773
13. Sachanlagen	(9)	184.865	191.325
14. Sonstige Vermögensgegenstände	(10)	225.031	228.506
15. Rechnungsabgrenzungsposten	(11)	5.058	6.074
Summe der Aktiva		41.610.805	40.552.068

Passiva

Alle Betragsangaben in T €

		2012	2011
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(12)		
a) täglich fällig		372.807	293.088
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		4.663.931	4.672.693
		5.036.738	4.965.782
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(13)		
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		6.147.410	6.082.772
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		4.670	7.347
		6.152.080	6.090.118
b) Bauspareinlagen		796.593	792.119
c) andere Verbindlichkeiten			
ca) täglich fällig		15.144.009	12.931.512
cb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		6.596.535	8.178.041
		21.740.545	21.109.553
		28.689.217	27.991.790
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	(14)		
a) begebene Schuldverschreibungen		3.007.848	3.338.813
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-		(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-		(-)
		3.007.848	3.338.813
3a. Handelsbestand	(15)	70.402	61.466
4. Treuhandverbindlichkeiten	(16)	206	314
darunter: Treuhandkredite	206		(314)
5. Sonstige Verbindlichkeiten	(17)	43.356	54.321
6. Rechnungsabgrenzungsposten	(18)	27.189	34.738
6a. Passive latente Steuern	(19)	1.320	1.570
7. Rückstellungen	(20)		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		609.008	565.292
b) Steuerrückstellungen		24.301	50.581
c) andere Rückstellungen		246.895	184.307
		880.203	800.180
7a. Fonds zur baupartechnischen Absicherung		287	287
8. Nachrangige Verbindlichkeiten	(21)	4.373	4.373
9. Genussrechtskapital		-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-		(-)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken		507.432	6.675
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	2.000		(2.000)
11. Eigenkapital	(22)		
a) gezeichnetes Kapital		-	-
b) Kapitalrücklage		-	-
c) Gewinnrücklagen			
ca) Sicherheitsrücklage		3.047.685	2.975.203
cb) andere Rücklagen		21.027	21.027
		3.068.712	2.996.230
d) Konzernbilanzgewinn		263.193	284.256
e) Anteile im Fremdbesitz		10.328	11.272
		3.342.234	3.291.759
Summe der Passiva		41.610.805	40.552.068
1. Eventualverbindlichkeiten	(23)		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		524.608	525.303
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-	-
		524.608	525.303
2. Andere Verpflichtungen	(23)		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		2.259.258	2.595.091
		2.259.258	2.595.091

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

der HASPA Finanzholding für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

Alle Betragsangaben in T€	2012	2011
1. Zinserträge aus (24)		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.265.866	1.319.196
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	39.313	51.822
	1.305.180	1.371.018
2. Zinsaufwendungen (25)	739.240	725.460
	565.939	645.558
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	179.824	164.573
b) Beteiligungen	3.594	6.288
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	4.136	7.838
	187.554	178.699
4. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	-13.458	-25.235
5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	1.805	4.268
6. Provisionserträge (26)	250.876	257.024
7. Provisionsaufwendungen (27)	21.842	23.078
	229.034	233.946
8. Nettoertrag des Handelsbestands	2.491	1.577
9. Sonstige betriebliche Erträge (28)	130.141	132.698
	1.103.506	1.171.511
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	333.886	325.874
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	83.707	79.307
darunter: für Altersversorgung 24.195		(21.904)
	417.593	405.182
b) andere Verwaltungsaufwendungen	301.484	303.892
	719.077	709.073
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	22.258	20.803
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen (29)	192.339	135.720
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-	118.400

Alle Betragsangaben in T €	2012	2011
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	469.823	-
	-469.823	118.400
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	15.357	18.353
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	-	-
	15.357	18.353
17. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	500.757	2.827
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme	230	245
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	123.312	166.090
20. Außerordentliche Erträge	226	225
21. Außerordentliche Aufwendungen	11.978	11.978
22. Außerordentliches Ergebnis (30)	-11.752	-11.754
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (31)	59.820	79.063
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	227	48
	60.047	79.111
25. Konzernjahresüberschuss	51.512	75.224
26. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	267	2.032
27. Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	173	-
28. Konzerngewinn	51.419	73.193

Eigenkapitalspiegel

Der Eigenkapitalspiegel gibt einen Überblick über die Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals und des Konzern-Gesamtergebnisses.

in Mio €	Mutterunternehmen			Minderheiten- gesellschafter			
	Sicher- heits- rücklage	Erwirtschaftete Konzern- Eigenkapital	Andere Rücklagen	Eigen- kapital	Minder- heiten- kapital	Eigen- kapital	Konzern- Eigen- kapital
Stand am 01.01.2011	2.863,1	323,1	21,0	3.207,3	9,9	9,9	3.217,1
Verwendung							
Bilanzgewinn	112,1	-112,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttungen	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,6	-0,6	-0,6
Veränderung des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Konzern- Jahresüberschuss	0,0	73,2	0,0	73,2	2,0	2,0	75,2
Stand am 31.12.2011	2.975,2	284,3	21,0	3.280,5	11,3	11,3	3.291,8
Verwendung							
Bilanzgewinn	72,5	-72,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttungen	0,0	0,0	0,0	0,0	-1,1	-1,1	-1,1
Veränderung des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Konzern- Jahresüberschuss	0,0	51,4	0,0	51,4	0,1	0,1	51,5
Stand am 31.12.2012	3.047,7	263,2	21,0	3.331,9	10,3	10,3	3.342,2

Der Jahresüberschuss aus dem Einzelabschluss 2012 der HASPA Finanzholding in Höhe von 54,6 Mio Euro wird gemäß den Bestimmungen der Satzung der Sicherheitsrücklage zugeführt. Seit dem Zeitpunkt der Erstkonsoli-

dierung (1. Januar 2003) bis zum 31. Dezember 2012 wurden aus dem erwirtschafteten Konzern-Eigenkapital insgesamt 988,7 Mio Euro in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Kapitalflussrechnung

	2012	2011
	T €	T €
1. Jahresüberschuss	51.512	75.224
2. + Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	81.250	182.791
3. +/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	80.023	19.033
4. +/- andere zahlungswirksame Aufwendungen / Erträge des Handelsbestands	558	490
5. -/+ Gewinn / Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-196	-2.668
6. -/+ sonstige Anpassungen (Saldo)*	-704.599	-740.376
7. Zwischensumme	-491.452	-465.506
8a. +/- Forderungen an Kreditinstitute	-336.831	232.033
8b. +/- Forderungen an Kunden	-1.650.460	-1.604.025
9. +/- Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen) und Handelsbestand	1.286.319	889.144
10. +/- andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	4.600	34.746
11a. +/- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	70.956	219.551
11b. +/- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	697.427	406.727
12. +/- Verbriefte Verbindlichkeiten	-330.964	-147.512
13. +/- Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0
14. +/- Genussrechtskapital	0	-4.502
15. +/- andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-9.687	-60.908
16. + erhaltene Zinsen und Dividenden	1.516.814	1.528.115
17. - gezahlte Zinsen	-722.873	-710.344
18. +/- Ertragsteuerzahlungen	-89.394	-70.747
19. Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-55.545	246.772
20. + Einzahlungen aus dem Verkauf von Anteilen an konsolidierten Unternehmen	0	0
21. + Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	403	304
22. + Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	18.508	7.591
23. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-6.305	-30.153
24. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3.999	-33.775
25. +/- Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-7.003	-22.350
26. Cash Flow aus Investitionstätigkeit	1.604	-78.383
27. +/- Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)	0	0
28. - Auszahlungen an Minderheitengesellschafter	-1.037	-679
29. Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-1.037	-679
30. Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-55.545	246.772
31. Cash Flow aus Investitionstätigkeit	1.604	-78.383
32. Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-1.037	-679
33. Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
34. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	560.732	393.022
davon quotaleinbezogene Unternehmen	5	6
35. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	505.754	560.732
davon quotaleinbezogene Unternehmen	4	5

* In den sonstigen Anpassungen sind Zinsen, Dividenden und Steuern in Höhe von 704.547 T € enthalten (Vorjahr 747.024 T €).

Konzern-Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Gesetzliche Vorgaben

Der Konzernabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2012 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Gemäß §§ 340i Abs. 2 und 3 sowie 340a Abs. 1 HGB i. V. m. § 265 Abs. 4 und 5 HGB werden für den Konzernabschluss die Formblätter der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für Kreditinstitute verwendet und um wesentliche Positionen des Bauspargeschäfts ergänzt. Weitergehende Erläuterungen zum Bauspargeschäft werden im Anhang gegeben.

Von der Möglichkeit, die anteiligen Zinsen nicht nach Restlaufzeiten aufzugliedern, wird nach § 11 Satz 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Entsprechend führt bei den Positionen „Forderungen an Kreditinstitute“, „Forderungen an Kunden“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sowie „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ eine Aufrechnung der im Konzernanhang ausgewiesenen Beträge nicht zum Bilanzausweis.

Grundlagen der Konsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt für die zu konsolidierenden Tochterunternehmen nach Artikel 66 Abs. 3 Satz 4 EGHGB weiterhin nach der Buchwertmethode. Gemäß § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB alte Fassung werden die Wertansätze bei der erstmaligen Einbeziehung der Unternehmen in den Konzernabschluss herangezogen.

Gemäß § 309 Abs. 1 Satz 3 HGB alte Fassung wurden aktivische Unterschiedsbeträge in Höhe von 15,0 Mio Euro aus der Erstkonsolidierung mit den Rücklagen verrechnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden im Wege der Schuldenkonsolidierung gemäß § 303 HGB gegeneinander aufgerechnet.

Erträge aus der konzerninternen Leistungsverrechnung werden, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit den korrespondierenden Aufwendungen im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß § 305 HGB verrechnet.

Die Wertansätze der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen bzw. die Unterschiedsbeträge für bis zum Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) einbezogene assoziierte Unternehmen wurden auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des assoziierten Unternehmens in den Konzernabschluss ermittelt; danach auf den Zeitpunkt, zu dem die Gesellschaft assoziiertes Unternehmen geworden ist. Sich ergebende Geschäftswerte werden in Anbetracht der langfristigen Zusammenarbeit mit den assoziierten Unternehmen und der vergleichweisen Stabilität des Branchenumfelds über einen Zeitraum von zehn Jahren linear abgeschrieben.

Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der HASPA Finanzholding, Hamburg, folgende Unternehmen nach der Buchwertmethode im Rahmen der Vollkonsolidierung einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigen- kapital in %
- Hamburger Sparkasse AG, Hamburg 1. Januar 2003	100,00
- NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG, Hamburg (Befreiung gemäß § 264b HGB) 1. Januar 2003	100,00
- Grossmann & Berger GmbH, Hamburg 1. Januar 2003	90,00
- NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg/Bremen 1. Januar 2006	60,00

Anteile an Tochterunternehmen, die aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung nach § 296 Abs. 2 HGB sind, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Nicht einbezogen sind insgesamt 19 inländische Unternehmen. Die Anteile werden als verbundene Unternehmen ausgewiesen. Der Einfluss dieser Unternehmen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Anteile an vier Tochterunternehmen, bei denen die Ausübung der Gesellschafterrechte durch Einstimmigkeitserfordernisse erheblich und andauernd beschränkt ist, werden gemäß § 296 Abs. 1 HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Folgendes Gemeinschaftsunternehmen wird entsprechend der Anteile am Kapital (quotal) nach der Buchwertmethode in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigen- kapital in %
- LBS Bausparkasse Schleswig- Holstein-Hamburg AG, Kiel/Hamburg 1. Januar 2007	42,50

Folgende Unternehmen werden zum 31. Dezember 2012 im Rahmen der Equity-Methode nach der Buchwertmethode als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigen- kapital in %
- Sparkasse zu Lübeck AG, Lübeck 31. Dezember 2005	26,00
- Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, Bredstedt 31. Dezember 2005	50,00
- Sparkasse Mittelholstein AG, Rendsburg 31. Dezember 2006	24,58
- neue leben Holding AG, Hamburg 1. Januar 2011	23,20

Der Stimmrechtsanteil bei der Sparkasse Mittelholstein AG beträgt 25,66 %.

Im Berichtsjahr wurden vier Beteiligungen an assoziierten Unternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung nach § 311 Abs. 2 HGB ist, nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Konzern-Anhang**Bewertung einzelner Posten und Sachverhalte****Kreditgeschäft**

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien oder aufgeschlagene Agien werden auf die Festzinsbindungsdauer bzw. auf eine Laufzeit von höchstens fünf Jahren verteilt.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet.

In der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ wurden in der Darunterposition „durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen“ alle Beträge ausgewiesen, die die Voraussetzungen des § 14 PfandBG erfüllen, das heißt, es wurden neben den ausschließlich grundpfandrechtlich gesicherten Krediten auch die Realkreditanteile aus Gesamtdarlehen hier ausgewiesen.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden grundsätzlich unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Wertaufholungsgebots nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Ein Teilbestand von Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 21,3 Mio Euro ist dem Anlagevermögen zugeordnet und wird nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Der Buchwert dieser Papiere beträgt 20,9 Mio Euro; der beizulegende Zeitwert beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 20,2 Mio Euro.

Bei in Spezialfonds gehaltenen Vermögensgegenständen, für die kein handelbarer Kurs verfügbar ist, wird von den Fondsgesellschaften der Verkehrswert, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist, zugrunde gelegt.

Handelsbestand

Die zu Handelszwecken erworbenen Finanzinstrumente werden im Handelsbestand zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags (Value-at-Risk) ausgewiesen. Gemäß IDW RS BFA 2 wird dieser in einer Summe beim größeren der jeweiligen Bilanzposten (Aktiv oder Passiv) berücksichtigt.

Die Umrechnung der Handelsaktiva und -passiva erfolgt zum Mittelkurs.

Zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement der Marktpreisrisiken des Handelsbuchs wird ein entsprechender Value-at-Risk (VaR) ermittelt. Dieser VaR wird für den Risikoabschlag herangezogen. Der VaR wird mit einer Haltedauer von einem Monat, einer Datenhistorie von 250 Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 % ermittelt. Mit der Berücksichtigung des Risikoabschlags wird der Ausfallwahrscheinlichkeit der realisierbaren Gewinne aus der Bewertung zu Marktpreisen Rechnung getragen. Die Veränderung des Risikoabschlags wird im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen. Weiterhin werden im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands Kurs- und Bewertungsgewinne sowie Kurs- und Bewertungsverluste von Finanzinstrumenten des Handelsbestands ausgewiesen. Die Zinserträge und Zinsaufwendungen des Handelsbestands werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung beachtet. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn besondere Umstände vorliegen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, steuerlich zulässige Abschreibungen, bilanziert. Für bis 2009 angeschaffte Sachanlagen werden steuerlich zulässige Abschreibungen fortgeführt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden aktivisch unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen; Agioerträge werden in den passiven Rechnungsabgrenzungen dargestellt.

Abweichend hiervon werden Null-Kupon-Anleihen mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Rückstellungen

Mit den ausgewiesenen Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken sowie allen ungewissen Verpflichtungen Rechnung getragen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden konzerneinheitlich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Projected Unit Credit Method und nach Maßgabe der Richttafeln 2005 G von Heubeck gebildet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, abgezinst. Im Geschäftsjahr wurde ein Zinssatz von 5,07 % zugrunde gelegt. Bei der Ermittlung der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen (einschließlich Karrieretrend) von 2,1 % und Rentensteigerungen von 1,75 % zugrunde gelegt. Die Fluktuationsrate liegt altersabhängig zwischen 2 % und 5 %.

Verlustfreie Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Unter Beachtung des IDW RS BFA 3 erfolgte zur Ermittlung eines gegebenenfalls bestehenden Verpflichtungsüberschusses aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden Aktiva und Passiva des Bankbuchs (ohne Handelsbestand) einschließlich der Derivate unter Berücksichtigung aller bis zur vollständigen Abwicklung zu erwarten-

den Risiko- und Verwaltungskosten. Hierbei ist die Ermittlung unter Berücksichtigung individueller Refinanzierungsmöglichkeiten in einer barwertigen Betrachtung erfolgt. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich ist.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 340h HGB i. V. m. § 256a HGB. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet. Fremdwährungswertpapiere des Umlaufvermögens werden zum Kassakurs bewertet. Bei Fremdwährungspapieren mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden ausschließlich die sich ergebenden Aufwendungen aus der Währungsumrechnung berücksichtigt.

Die übrigen Bilanzbestände in Fremdwährung sowie die nicht abgewickelten Kassa- und Termingeschäfte, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet wurden, gelten gemäß § 340h HGB als besonders gedeckte Geschäfte (besondere Deckung). Die besondere Deckung stellt hierbei auf eine betragsmäßige Deckung der einbezogenen Geschäfte ab, eine Laufzeitkongruenz der Geschäfte wird hierbei nicht betrachtet. Besonders gedeckte Geschäfte werden zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet. Im Vorjahr erfolgte für einen Teil der Devisentermingeschäfte eine direkte Zuordnung zum jeweils abgesicherten Aktivposten unter Anwendung einer Spaltung des Terminkurses und einer Abgrenzung von Swapstellen. Eine direkte Zuordnung von Deckungsgeschäften wird nicht mehr vorgenommen. Die Geschäfte werden im Rahmen der besonderen Deckung mit dem ungespaltenen Terminkurs bewertet.

Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die aus der Umrechnung der besonders gedeckten Geschäfte ermittelten Kursgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Konzern-Anhang**Bewertungseinheiten**

Im Konzern werden Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB gebildet. In die Bewertungseinheiten werden Verbindlichkeiten und schwebende Geschäfte als Grundgeschäfte einbezogen und mittels derivativer Finanzinstrumente abgesichert.

Die Zins- und sonstigen Preisrisiken aus begebenen strukturierten Anleihen bzw. Namenspapieren (Grundgeschäfte) werden mithilfe von strukturierten Zinsswaps (Sicherungsgeschäfte) abgesichert. Bei den Grundgeschäften handelt es sich einerseits um strukturierte Inhaberschuldverschreibungen, die unter dem Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ ausgewiesen werden, sowie andererseits um strukturierte Namensschuldverschreibungen, Scheindarlehen und Sparkassenbriefe, die unter dem Passivposten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ bzw. „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ bilanziert werden. Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäfts zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses und während der Laufzeit des Grundgeschäfts hinsichtlich des abgesicherten Risikos vollständig gegenläufig sind (Critical Terms Match).

Weiterhin erfolgt für mit Kunden abgeschlossene Cross Currency Interest Rate Swaps eine Absicherung des Währungs- und Zinsrisikos durch den Abschluss von exakt gegenläufigen Sicherungsgeschäften mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten. Das derivative Kundengeschäft sowie das Back-to-back-Sicherungsgeschäft werden jeweils zu einer Mikro-Bewertungseinheit zusammengefasst. Darüber hinaus werden im Kundenkreditgeschäft Zinsbegrenzungsvereinbarungen in Form von Caps, Floors und Collars abgeschlossen. Diese den Kunden eingeräumten Zinsoptionsrechte werden jeweils einzelgeschäftsbezogen durch entsprechende Gegengeschäfte mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten gesichert.

Das derivative Kundengeschäft sowie das Back-to-back-Sicherungsgeschäft werden jeweils zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

Die Effektivität der Sicherungsbeziehung wird bei Designation der Bewertungseinheiten sowie zum Abschlussstichtag durch eine handelsunabhängige Stelle kontrolliert. Es ist jeweils eine effektive Absicherung der Grundgeschäfte in Bezug auf die bestehenden Risiken gegeben.

Die bilanzielle Abbildung der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode im Sinne des IDW RS HFA 35. Konzerneinheitlich wird sich auf Grundlage der angewandten Methoden (Critical Terms Match) von der Wirksamkeit der jeweiligen Sicherungsbeziehung in Bezug auf die bestehenden Wert- bzw. Zahlungsstromrisiken des jeweils abgesicherten Risikos überzeugt. Die Wert- bzw. Zahlungsstromänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte – bezogen auf die abgesicherten Risiken – werden sich voraussichtlich über die gesamte Zeit des Bestehens der Bewertungseinheiten in vollem Umfang ausgleichen.

Derivate

Zinsswaps werden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsrisikos eingesetzt und in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen. Darüber hinaus werden derivative Finanzinstrumente, die sich in Bewertungseinheiten befinden, gehalten. Im geringen Umfang befinden sich des Weiteren derivative Finanzinstrumente im Handelsbestand.

Bei Optionen sind die Stillhalterpositionen in der Regel durch Gegengeschäfte gesichert. Erhaltene bzw. gezahlte Optionsprämien für noch nicht abgewinkelte Optionen sowie Marginverpflichtungen aus Future-Geschäften sind, sofern sie Handelsgeschäfte darstellen, innerhalb der Handelsaktiva bzw. -passiva ausgewiesen. Ansonsten werden diese als „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“ bilanziert.

Erläuterungen zur Konzernbilanz **Aktiva**

	2012 Mio €	2011 Mio €
(1) Forderungen an Kreditinstitute		
Aufgliederung der Unterposition		
b) andere Forderungen nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	450,0	492,6
- über 3 Monate bis 1 Jahr	117,8	89,0
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	80,8	100,8
- über 5 Jahre	44,1	16,7

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Forderungen sind keine Hypothekendarlehen

und Kommunalkredite sowie keine Beträge
gegen Beleihung von Wertpapieren enthalten.

	2012 Mio €	2011 Mio €
(2) Forderungen an Kunden		
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	81,4	19,8
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	48,8	49,4
Forderungen an Kunden nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	2.520,8	1.952,3
- über 3 Monate bis 1 Jahr	2.091,5	2.056,1
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	6.375,6	5.915,7
- über 5 Jahre	17.666,9	17.021,4
- mit unbestimmter Laufzeit	1.066,8	650,1

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Forderungen sind Hypothekendarlehen in
Höhe von 12.925,4 Mio Euro (Vorjahr 11.976,0 Mio
Euro) und Kommunalkredite in Höhe von 369,2 Mio
Euro (Vorjahr 195,3 Mio Euro) enthalten.

In den anderen Forderungen in Höhe von 16.475,2
Mio Euro (Vorjahr 15.462,4 Mio Euro) sind 167,9 Mio
Euro (Vorjahr 24,8 Mio Euro) gegen Beleihung von
Wertpapieren enthalten.

Angaben zum Bauspargeschäft:
Die Zins- und Tilgungsrückstände bei Baudarlehen

beliefen sich am Bilanzstichtag auf 0,9 Mio Euro, das
sind 0,15 % des Bestands.

	2012 Mio €	2011 Mio €
Die Baudarlehen betragen		
a) aus Zuteilungen	202,7	230,2
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	382,5	395,6
c) sonstige	11,5	11,9
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	11,3	11,9
	596,7	637,7
Die bereitgestellten, noch nicht ausgezahlten Baudarlehen betragen:		
a) aus Zuteilungen	47,9	49,4
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	14,6	11,9
c) sonstige	0,7	0,8
	63,2	62,1

Konzern-Anhang

	2012 Mio €	2011 Mio €
(3) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	3.020,4	2.773,4
- nicht börsennotiert	25,0	75,9
Davon im Folgejahr fällig	4,4	669,2
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beträgt	101,2	103,1

	2012 Mio €	2011 Mio €
(4) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	0,0	0,9
- nicht börsennotiert	2,4	0,6
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beträgt	255,6	208,5

In diesem Bilanzposten sind Spezialfondsanteile mit einem Buchwert von 4,5 Mrd Euro (Vorjahr 5,9 Mrd Euro) enthalten. Die Fungibilität dieser Anteile ist eingeschränkt. Bei den im Bestand gehaltenen Spezialfondsanteilen wurden Gewinne, soweit sie aus der Realisierung von Kursgewinnen resultieren, im Wesentlichen thesauriert. Der Gewinn aus Zins- und Dividendeneinnahmen wurde vollständig ausgeschüttet.

Entwicklung der Wertpapiere des Anlagevermögens	Mio €
Bilanzwert zum 1. Januar 2012	311,6
Veränderungen (saldiert gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV)	45,2
Bilanzwert zum 31. Dezember 2012	356,8

Investmentvermögen	Ausschüttung 2012	Unterschieds- betrag	2012 Mio € Marktwert	2012 Mio € Buchwert
- HERA-FONDS	1,1	16,3	216,3	200,0
- JUPITER-FONDS 1	152,3	83,5	3.342,0	3.258,5
- JUPITER-FONDS 2	11,8	0,0	417,9	417,9
- JUPITER-FONDS 3	8,3	25,5	381,5	356,0
- JUPITER-FONDS 4	4,3	9,7	136,8	127,1
- LBS-Hamburg Fonds	2,1	3,6	69,0	65,4
- BayernInvest Fonds	1,0	2,1	44,7	42,6
			4.608,2	4.467,5

Die tägliche Rückgabe war möglich, Abschreibungen wurden nicht unterlassen.

(5) Handelsbestand	2012 Mio €	2011 Mio €
Der Handelsbestand setzt sich zusammen aus:		
- derivative Finanzinstrumente	74,7	66,0
- Forderungen	0,0	0,0
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	85,6	150,4
- Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2,7	2,4
- sonstige Vermögensgegenstände	0,5	0,5
	163,5	219,3
- Risikoabschlag	-1,3	-0,6
	162,2	218,7

(6) Beteiligungen	2012 Mio €	2011 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen Anteilen, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind, sind:		
- börsennotiert	0,0	0,0
- nicht börsennotiert	0,0	0,0

	Beteili- gungen Mio €	Verbundene Unternehmen Mio €
Entwicklung		
Bilanzwert zum 1. Januar 2012	145,4	32,6
Veränderungen (saldiert gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV)	-6,9	4,2
Bilanzwert zum 31. Dezember 2012	138,5	38,6

(7) Anteile an assoziierten Unternehmen

Zum Bilanzstichtag bestehen aktivische Unterschiedsbeträge (Geschäftswert) in Höhe von 9,7 Mio Euro

und passivische Unterschiedsbeträge in Höhe von 1,9 Mio Euro.

(8) Treuhandvermögen

Die ausgewiesenen Treuhandkredite betreffen ausschließlich Treuhandforderungen an Kunden.

Konzern-Anhang

	Immaterielle Anlagewerte Mio €	Sachanlagen Mio €
(9) Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		
Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:		
Anschaffungskosten am 1. Januar 2012	125,8	383,1
Zugänge	7,3	4,0
Abgänge	0,6	4,0
kumulierte Abschreibungen	70,7	198,2
Bilanzwert zum 31. Dezember 2012	61,8	184,9
Bilanzwert zum 31. Dezember 2011	66,8	191,3
Abschreibungen des Geschäftsjahres	12,0	10,3
	2012 Mio €	2011 Mio €
Von den Sachanlagen entfallen auf:		
- die im Rahmen des Sparkassengeschäfts genutzten Grundstücke und Gebäude	95,4	96,2
- die Betriebs- und Geschäftsausstattung	31,8	36,8

Im Konzern wurde von dem Wahlrecht zur Aktivierung
von selbsterstellter Software kein Gebrauch gemacht.

	2012 Mio €	2011 Mio €
(10) Sonstige Vermögensgegenstände		
Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich zusammen aus:		
- aktivierte Vorräte und sonstige Vermögensgegenstände	9,5	5,6
- sonstige Forderungen	215,5	222,9
	225,0	228,5
	2012 Mio €	2011 Mio €
(11) Rechnungsabgrenzungsposten		
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	3,4	4,4
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	0,2	0,6
- sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1,5	1,1
	5,1	6,1

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren in Höhe

von 3,5 Mio Euro (Vorjahr 5,0 Mio Euro) aus dem
Emissions- und Darlehensgeschäft.

Erläuterungen zur Konzernbilanz Passiva**(12) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Gesamtbetrag der als Sicherheit für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten übertragenen Vermögensgegenstände

Aufgliederung der Unterposition b) nach Restlaufzeiten:

- bis 3 Monate

- über 3 Monate bis 1 Jahr

- über 1 Jahr bis 5 Jahre

- über 5 Jahre

2012 Mio €	2011 Mio €
1,4	3,2
2.577,5	2.488,2
144,1	425,2
504,6	195,5
1.744,3	1.999,8
1.939,1	1.677,4

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:

In den Verbindlichkeiten sind begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 161,7 Mio Euro (Vorjahr 40,7 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche Namenspfandbriefe waren im Geschäftsjahr sowie im

Vorjahr nicht im Bestand. Es sind keine Hypotheken-Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigt worden.

Angaben zum Bauspargeschäft:

Es sind 57,8 Mio Euro aufgenommene Fremdgelder

aus der Refinanzierung der außerkollektiven Baudarlehen aus dem Bausparkassengeschäft enthalten.

(13) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Aufgliederung der Unterposition ab) nach Restlaufzeiten:

- bis 3 Monate

- über 3 Monate bis 1 Jahr

- über 1 Jahr bis 5 Jahre

- über 5 Jahre

Aufgliederung der Unterposition cb) nach Restlaufzeiten:

- bis 3 Monate

- über 3 Monate bis 1 Jahr

- über 1 Jahr bis 5 Jahre

- über 5 Jahre

2012 Mio €	2011 Mio €
14,2	20,4
11,5	11,5
1,0	0,9
1,4	1,9
2,2	4,4
0,1	0,1
631,4	1.935,8
228,2	468,6
1.019,2	1.016,0
4.411,9	4.457,2

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:

In den Verbindlichkeiten sind begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 2.583,5 Mio Euro (Vorjahr 2.449,0 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche Namenspfandbriefe waren im Geschäfts-

jahr und im Vorjahr nicht im Bestand. Es sind keine Hypotheken-Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigt worden.

Angaben zum Bauspargeschäft:

Von den Bauspareinlagen entfielen

a) auf gekündigte Verträge

b) auf zugeteilte Verträge

2012 Mio €	2011 Mio €
9,3	7,2
16,9	24,7
26,2	31,9

Konzern-Anhang

	2012 Mio €	2011 Mio €
(14) Verbriefte Verbindlichkeiten		
In dieser Position sind enthalten:		
im Folgejahr fällige begebene Schuldverschreibungen	319,3	823,6

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:

In den begebenen Schuldverschreibungen sind Hypothekendarlehen in Höhe von 336,7 Mio Euro (Vorjahr 200,6 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche

Pfandbriefe befanden sich im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht im Bestand. Die sonstigen begebenen Schuldverschreibungen betragen 2.671,2 Mio Euro (Vorjahr 3.138,2 Mio Euro).

	2012 Mio €	2011 Mio €
(15) Handelsbestand		
Der Handelsbestand setzt sich zusammen aus:		
- derivative Finanzinstrumente	70,4	61,5
- Verbindlichkeiten	0,0	0,0
	70,4	61,5
- Risikozuschlag	0,0	0,0
	70,4	61,5

(16) Treuhandverbindlichkeiten

Die ausgewiesenen Treuhandverbindlichkeiten

betreffen ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

	2012 Mio €	2011 Mio €
(17) Sonstige Verbindlichkeiten		
Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus:		
- Steuerverbindlichkeiten	15,9	20,9
- sonstige Verbindlichkeiten	27,5	33,4
	43,4	54,3

	2012 Mio €	2011 Mio €
(18) Rechnungsabgrenzungsposten		
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Darlehensforderungen	20,9	26,8
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und höherem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	4,2	5,0
- sonstige Rechnungsabgrenzungen	2,1	2,9
	27,2	34,7

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren in Höhe

von 24,3 Mio Euro (Vorjahr 30,7 Mio Euro) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft.

(19) Latente Steuern

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften ermitteln alle zeitlichen und quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen und den Steuerwerten (§ 274 HGB). Derartige Differenzen bestehen insbesondere in den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Rückstellungen, die zu aktiven latenten Steuern führen. Die

aus dem Überhang an aktiven latenten Steuern resultierende voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerentlastung wird in der Konzernbilanz nicht ausgewiesen.

Daneben werden latente Steuern auf Konsolidierungsmaßnahmen bilanziert (§ 306 HGB). Der für die Ermittlung zugrunde gelegte einheitliche Steuersatz beträgt 32,1 %.

(20) Rückstellungen

Der aufgrund der neuen Bewertungsvorschriften für Pensionsrückstellungen zum 1. Januar 2010 ermittelte Unterschiedsbetrag wird linear über einen Zeitraum von 15 Jahren zu Lasten des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Restbetrag des noch zuzuführenden Betrags beträgt per 31. Dezember 2012 142,8 Mio Euro.

EGHGB wurde bei einer sonstigen Rückstellung der höhere Ansatz beibehalten. Der Wert der Überdeckung beträgt 0,1 Mio Euro.

Deckungsvermögen mit einem Zeitwert von 0,3 Mio Euro (Anschaffungskosten 0,3 Mio Euro) wurde mit Altersversorgungsverpflichtungen verrechnet. Der Erfüllungsbetrag dieser Verpflichtungen beträgt brutto 0,5 Mio Euro.

In Ausübung des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 1 Satz 2

(21) Nachrangige Verbindlichkeiten

Für nachrangige Verbindlichkeiten i.H.v. nominal 4,3 Mio Euro wurden im Berichtsjahr 0,2 Mio Euro an Zinsen aufgewendet. Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten handelt es sich um ein Darlehen mit einem Zinssatz von 4,88 % p.a. Das Darlehen ist am 27. Mai 2013 fällig.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation wird das Nachrangdarlehenskapital erst nach Befriedigung aller anderen, nicht nachrangiger Gläubiger zurückgezahlt.

(22) Eigenkapital

Der Konzernbilanzgewinn entwickelte sich wie folgt:

Konzernjahresüberschuss

konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn
auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust

Konzerngewinn

Gewinnvortrag aus dem Vorjahr

Entnahmen aus Gewinnrücklagen

a) aus der Sicherheitsrücklage

b) aus anderen Rücklagen

Einstellungen in Gewinnrücklagen

a) in die Sicherheitsrücklage

b) in andere Rücklagen

Einstellung in konzernfremde Rücklagen

Konzernbilanzgewinn

2012 Mio €	2011 Mio €
51,5	75,2
-0,3	-2,0
0,2	0,0
51,4	73,2
284,3	323,1
0,0	0,0
0,0	0,0
-72,5	-112,1
0,0	0,0
0,0	0,0
263,2	284,3

(23) Haftungsverhältnisse

Eventualverbindlichkeiten unterliegen den Kreditgewährungs- und Kreditüberwachungsprozessen, die auch für die Gewährung von Darlehen und weiteren Krediten gelten. Die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme ist eher gering.

wiegend Darlehen, die teilvalutiert und noch nicht voll ausgezahlt sind. Unwiderrufliche Kreditzusagen unterliegen den normalen Kreditüberwachungsprozessen, die für alle Kreditengagements gelten. Erhöhte Ausfallrisiken sind hieraus nicht zu erkennen.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen beinhalten über-

Weitere außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 285 Nr. 3 HGB bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

(24) Zinserträge

Diese Position enthält Zinserträge aus Bauspardarlehen in Höhe von 9,6 Mio Euro (Vorjahr 10,4 Mio Euro), aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten in Höhe

von 18,2 Mio Euro (Vorjahr 19,8 Mio Euro) und aus sonstigen Baudarlehen in Höhe von 0,5 Mio Euro (Vorjahr 0,5 Mio Euro).

(25) Zinsaufwendungen

In dieser Position sind Zinsaufwendungen für Bauspar-einlagen in Höhe von 16,0 Mio Euro (Vorjahr 16,5 Mio Euro) enthalten.

In den Zinsaufwendungen werden 1,6 Mio Euro (Vorjahr 1,0 Mio Euro) aufgrund von Aufzinsungen bankgeschäftsbezogener Rückstellungen ausgewiesen.

(26) Provisionserträge

Etwa 16 % der gesamten Provisionserträge entfallen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung und Verwaltung.

Darüber hinaus enthält diese Position Erträge aus Vertragsabschluss und -vermittlung im Bauspargeschäft in Höhe von 6,2 Mio Euro (Vorjahr 6,5 Mio Euro) und aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung in Höhe von 0,9 Mio Euro (Vorjahr 0,5 Mio Euro).

(27) Provisionsaufwendungen

In dieser Position sind Provisionen aus dem Bauspar-

geschäft in Höhe von 7,7 Mio Euro (Vorjahr 4,7 Mio Euro) enthalten.

(28) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich zusammen aus:

- Grundstückserträge
- übrige sonstige betriebliche Erträge

2012 Mio €	2011 Mio €
8,4	7,7
121,7	125,0
130,1	132,7

In dieser Position sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 6,6 Mio Euro (Vorjahr 6,8 Mio Euro) enthalten.

(29) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich zusammen aus:

- Aufwand für nicht eigengenutzte Grundstücke und Gebäude
- Zinsaufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen
- übrige sonstige betriebliche Aufwendungen

2012 Mio €	2011 Mio €
2,7	2,1
39,8	34,7
149,8	98,9
192,3	135,7

(30) Außerordentliches Ergebnis

Im außerordentlichen Ergebnis werden die Anpassungsbuchungen aufgrund der Umstellung auf das BilMoG ausgewiesen. 12,0 Mio Euro der außerordentlichen Aufwendungen entfallen auf die Pensionsrückstellungen.

(31) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

In dieser Position sind Erträge aus der Auflösung latenter Steuern in Höhe von 0,3 Mio Euro (Vorjahr Aufwendungen 0,2 Mio Euro) enthalten. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Sonstige Angaben**Vorstand und Verwaltungsrat**

Im Geschäftsjahr 2012 betrugen die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands 2,8 Mio Euro. Die Gesamtbezüge für frühere Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene beliefen sich auf 2,2 Mio Euro. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt 20,6 Mio Euro zurückgestellt. Die Kredite an Mitglieder des Vorstands beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf insgesamt 0,3 Mio Euro mit einem Zinssatz von 3,8 % bzw. 4,5 %.

Die Gesamtbezüge des Verwaltungsrats betrugen im Geschäftsjahr 0,4 Mio Euro, Kredite wurden in Höhe von 0,9 Mio Euro zu marktüblichen Konditionen gewährt.

Aufwendungen für Abschlussprüfer

Für das Gesamthonorar der Abschlussprüfer wurden im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 1.066 TEUR, davon 971 TEUR für andere Abschlussprüfer, aufgewendet. Insgesamt entfallen 922 TEUR auf die Abschlussprüfungsleistungen, davon 827 TEUR für andere Abschlussprüfer, und 144 TEUR auf andere Bestätigungsleistungen, davon 144 TEUR für andere Abschlussprüfer.

Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt	
Vollzeitkräfte	4.258
Teilzeitkräfte	990
	5.248
Auszubildende	451
	5.699

Die Teilzeitkräfte wurden entsprechend ihrer vereinbarten Arbeitszeit auf Vollzeitkräfte umgerechnet. Im Jahresdurchschnitt 2012 waren 1.570 Teilzeitkräfte beschäftigt.

Im Berichtsjahr wurden in anteilmäßig einbezogenen Unternehmen durchschnittlich quotal 74 Vollzeitkräfte, 18 Teilzeitkräfte und 4 Auszubildende berücksichtigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	Mio €
Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen:	
- 2013	66,8
- 2014	65,0
- 2015	61,4
	193,2

Das Bestellobligo für Investitionsvorhaben hält sich im üblichen Rahmen.

Zum Abschlussstichtag wurden der Deutschen Bundesbank für Offenmarktgeschäfte Wertpapiere mit einem Buchwert von 572,8 Mio Euro zur Verpfändung hinterlegt, Verpflichtungen hieraus bestanden nicht. Nach dem Verfahren KEV (Kreditforderungen - Einreichung und Verwaltung) wurden 336,4 Mio Euro hinterlegt. Daneben wurden im Zusammenhang mit Geschäften an Terminbörsen und Clearingstellen 175,6 Mio Euro in Anspruch genommen, für die Wertpapiere mit einem Buchwert von 291,7 Mio Euro hinterlegt wurden. Außerdem bestehen Nachschussverpflichtungen in Höhe von 5,0 Mio Euro.

Fremdwährung

Die Gesamtbeträge der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, belaufen sich auf umgerechnet 955,5 bzw. 516,3 Mio Euro.

Termingeschäfte / derivative Finanzgeschäfte

Die nachstehende Übersicht zeigt das Volumen der zum Jahresultimo 2012 bestehenden Geschäfte.

per 31. Dezember 2012 in Mio €				Nominalwerte		Marktwerte	
	Restlaufzeit					davon: des	
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe		Handels- bestands	positiv negativ
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Caps	14,8	305,1	22,3	342,2	0,0	0,1	0,1
- Collars	280,8	104,3	18,6	403,7	0,0	2,8	2,8
- Floors	0,0	0,0	2,2	2,2	0,0	0,0	0,0
- Wertpapier-Termingeschäfte	10,0	0,0	0,0	10,0	0,0	0,2	0,0
- Strukturierte Swaps	48,0	1.079,1	5.833,3	6.960,4	0,0	425,6	1,5
- Swaptions	6,0	36,0	0,0	42,0	0,0	0,2	0,2
- Zinsswaps	4.689,8	14.170,7	18.922,8	37.783,3	835,4	1.311,0	2.596,0
Börseninstrumente							
- Zins-Futures	2.305,4	15,4	0,0	2.320,8	21,5	0,0	14,2
- Zins-Optionen	23,2	0,0	0,0	23,2	0,0	0,0	0,0
Summe	7.378,0	15.710,6	24.799,2	47.887,8	856,9	1.739,9	2.614,8
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Devisenoptionen	45,1	0,0	0,0	45,1	45,1	0,3	0,3
- Devisentermingeschäfte	2.915,0	20,0	0,0	2.935,0	0,0	31,2	19,6
- Währungsswaps	25,7	93,5	179,3	298,5	0,0	62,0	56,6
Summe	2.985,8	113,5	179,3	3.278,6	45,1	93,5	76,5
Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken							
OTC-Produkte							
- Strukturierte Swaps	42,7	184,0	0,0	226,7	0,0	16,7	0,0
Börseninstrumente							
- Aktien-Optionen	72,8	0,2	0,0	73,0	0,0	0,7	2,7
- Index-Futures	65,3	0,0	0,0	65,3	0,0	0,1	0,1
- Index-Optionen	82,2	0,1	0,0	82,3	0,0	0,4	0,3
Summe	263,0	184,3	0,0	447,3	0,0	17,9	3,1

Grundsätzlich wird für die Bewertung der Derivate der aktuelle Marktpreis zugrunde gelegt. Bei börsengehandelten Derivaten werden die Kurse des letzten Börsentags in 2012 verwendet. Ist ein aktueller Marktpreis nicht unmittelbar verfügbar, erfolgt die Bewertung nach den gängigen finanzmathematischen Bewertungsverfahren. So wird bei Zinsswaps ein Barwert auf Grundlage der aktuellen Zinsstrukturkurve ermittelt. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs verwendet. Die Marktwerte der Devisenoptionen werden auf Basis der aktuellen Devisenkurse und Zinsstrukturkurven sowie der impliziten Volatilitäten ermittelt (Binomialmodell). Bei Swaptions und Zinsoptionen werden die Marktwerte unter Berücksichtigung von Zinsstrukturkurven und impliziten Volatilitäten errechnet (Black 76 und Hull-White-Modell).

Auf Basis der Bildung von Bewertungseinheiten werden strukturierte Wertpapiere emittiert, denen in einem Mikro hedge strukturierte Swaps gegenüberstehen, so dass die Zinsrisiken und die sonstigen Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Der wesentliche Teil aller oben genannten zinsbezogenen Geschäfte wurde zur Begrenzung von Zinsrisiken abgeschlossen, sie wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen. Mit den Zinsswaps wird im Rahmen der Aktiv- und Passivsteuerung die Fristentransformation gesteuert. Die börsengehandelten Zinsderivate stellen überwiegend Zinssicherungsgeschäfte sowie Handelsgeschäfte für Kunden dar.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich zu einem großen Teil um Geschäfte mit Kunden und eigenen Spezialfonds, die grundsätzlich kursgesichert sind, in geringerem Umfang um Eigenhandelsgeschäfte. Die währungsbezogenen derivativen Geschäfte stellen zusammen mit den bilanziellen Fremdwährungsbeständen eine nahezu geschlossene Position dar.

Die Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken umfassen ausschließlich Handelsgeschäfte für Kunden und strukturierte Swaps, deren Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Als Grundgeschäfte werden Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 3.947,0 Mio Euro und ebenfalls als Grundgeschäfte schwebende Geschäfte mit einem Nominalwert von 596,4 Mio Euro in Bewertungseinheiten nach § 254 Satz 1 HGB einbezogen. Bei diesen Bewertungseinheiten handelt es sich jeweils um so genannte

Mikro-Bewertungseinheiten. Alle Grundgeschäfte werden mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zins-, Währungs- sowie sonstige Preisrisiken abgesichert.

Zum Bilanzstichtag bestehen für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken Geschäfte mit einem positiven Marktwert von 421,4 Mio Euro, für die Absicherung von Währungsrisiken Geschäfte mit einem negativen Marktwert von 30,7 Mio Euro sowie für die Absicherung von sonstigen Preisrisiken Geschäfte mit einem positiven Marktwert von 16,7 Mio Euro.

Pfandbriefe

Die Hamburger Sparkasse AG emittiert seit dem Geschäftsjahr 2006 Pfandbriefe. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über die Homepage im Internet www.haspa.de erfüllt.

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1

Hypothekendarlehenlauf

- Nennwert
- Barwert
- Risikobarwert¹⁾

Deckungsmasse

- Nennwert
- Barwert
- Risikobarwert¹⁾

Überdeckung

- Nennwert
- Barwert
- Risikobarwert¹⁾

¹⁾ dynamisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2

Laufzeitstruktur des Hypothekendarlehenlaufs

- bis zu 1 Jahr
- mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahre
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre
- mehr als 10 Jahre

Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse

- bis zu 1 Jahr
- mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahre
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre
- mehr als 10 Jahre

2012 Mio €	2011 Mio €
3.034,8	2.649,0
3.655,5	3.078,7
3.916,1	3.373,9
3.566,8	3.304,7
4.064,0	3.707,9
4.213,0	3.903,3
532,0	655,7
408,5	629,2
296,9	529,4
66,0	14,0
166,8	63,5
80,1	150,1
386,0	78,4
307,5	306,0
1.256,5	1.045,0
772,0	992,0
335,1	246,6
306,8	325,5
385,2	321,2
658,1	357,5
342,9	445,0
1.232,2	1.274,5
306,5	334,4

Konzern-Anhang**PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 3**

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4

In der Deckungsmasse sind weitere Deckungswerte in Höhe von 400,0 Mio Euro (Vorjahr 125,0 Mio Euro) enthalten.

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1a) Gesamtbetrag der verwendeten nennwertigen
Deckungsmasse nach Größenklassen¹⁾

Kreditdeckung

- bis 300 TEUR

- über 300 TEUR bis zu 5,0 Mio Euro

- mehr als 5,0 Mio Euro

b) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten
Forderungen nach Staaten^{1) 2)}

Bundesrepublik Deutschland

c) Gesamtbetrag der zur Deckung
verwendeten Forderungen nach
Nutzungsart^{1) 2)}

- Wohnungen

- Einfamilienhäuser

- Mehrfamilienhäuser

- Bürogebäude

- Handelsgebäude

- Industriegebäude

- sonstige gewerblich genutzte Gebäude

- unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten

- Bauplätze

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen²⁾¹⁾ ausschließliche Betrachtung der ordentlichen Deckung²⁾ keine Grundstückssicherheiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland**PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3a – 3c**Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs-
und Zwangsverwaltungsverfahren

Anzahl durchgeführter

Zwangsversteigerungen

Übernahme von Grundstücken

Rückstände Zinsen

TreuhänderUwe Rollert,
UnternehmensberaterStellvertreter Dr. Adam von Kottwitz,
Notar a.D.Stellvertreter Rainer Sinhuber,
Richter i.R.

Anteilsbesitz der HASPA Finanzholding per 31. Dezember 2012¹⁾

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Eigenkapital in %	Eigenkapital des Unternehmens T € ²⁾	Jahres- ergebnis des Unternehmens T € ²⁾
Unmittelbare Beteiligungen:			
- Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	74,68 %	14.697,3 ³⁾	940,6 ³⁾
- Haspa Erste Beteiligungsgesellschaft mbH i.L., Hamburg	100,00 %	27,3 ³⁾	1,3 ³⁾
- Haspa HanseGrund GmbH, Hamburg	90,00 %	162,2 ³⁾	-172,6 ³⁾
- Haspa Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	26,0 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- Heptagon Capital Beteiligungsgesellschaft der Freien Sparkassen mbH & Co. KG i.L., Frankfurt am Main	46,15 %	764,0	4.056,1
- Heptagon Capital GmbH i.L., Frankfurt am Main	46,20 %	59,6	3,0
- HLS Hamburger Logistik Service GmbH, Hamburg	100,00 %	1.669,0 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-3.616,4	-59,8
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-545,4	-86,0
- neue leben Pensionsverwaltung Aktiengesellschaft, Hamburg	21,18 %	15.986,4	810,3
- NM Nord-IMMO Management Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	36,0 ³⁾	0,3 ³⁾
- Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH, Hamburg	100,00 %	21.363,1 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- Vierzehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,3 ³⁾	-0,1 ³⁾
- Fünfzehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,3 ³⁾	-0,1 ³⁾
Mittelbare Beteiligungen			
über Hamburger Sparkasse AG:			
- BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH, Hamburg	26,23 %	3.214,0	495,5
- Cenito Service GmbH, Hamburg	100,00 %	800,0 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- GBP Gesellschaft für Betriebliche Pensionsplanung mbH, Hamburg	100,00 %	42,6 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- Haspa-DIREKT Servicegesellschaft für Direktvertrieb mbH, Hamburg	100,00 %	687,1 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband, Hamburg	74,87 %	63.681,5	1,7
- Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH, Hamburg	100,00 %	5.000,0 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-3.616,4	-59,8
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-545,4	-86,0
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG, Hamburg	75,10 %	10.001,6 ³⁾	75,6 ³⁾
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH Verwaltungs GmbH, Hamburg	75,20 %	16,4	-1,2
- SAG Süderelbe Projektgesellschaft AG & Co. KG, Lüneburg	25,00 %	0,0	-498,8
- Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	25,00 %	6.366,4 ³⁾	4.366,4 ³⁾
über Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH:			
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen	33,00 %	85.368,9	22.200,0
- Deutsche Factoring Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen	33,33 %	186,6	47,2
über Grossmann & Berger GmbH:			
- Johs. Reese Immobilien Consulting GmbH, Berlin	100,00 %	100,0	0,0 ⁴⁾
über NRS Norddeutsche Retail-Service AG:			
- Kredit-Service-Center GmbH, Bremen	100,00 %	1.500,1 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- NRS Consulting GmbH, Hamburg	100,00 %	544,2 ³⁾	44,2 ³⁾
über Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH:			
- Mess- und Fördertechnik Gwinner G.m.b.H. & Co. KG, Hamburg	11,27 %	874,9	19,1
- MHG Beteiligungsgesellschaft mbH, Buchholz	30,00 %	1.601,5	-331,8
- Schaltex Beteiligungs GmbH, Hamburg	25,80 %	211,2	-176,7
- novomind management group GmbH, Hamburg	22,51 %	4.172,4	1.905,7
über Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG:			
- Brands Fashion GmbH, Buchholz	20,00 %	4.322,1	964,9
- GFA Beteiligungs GmbH, Hamburg	20,00 %	16.309,5	1.410,6
- HPM Fenster und Türen Beteiligungs GmbH, Hamburg	40,00 %	3.032,7	118,1
- Mess- und Fördertechnik Gwinner G.m.b.H. & Co. KG, Hamburg	23,00 %	874,9	19,1
- Sauer Spezialwerkzeug GmbH, Hamburg	49,00 %	1.449,7	50,0
- Schaltex Beteiligungs GmbH, Hamburg	49,00 %	211,2	-176,7
über Schaltex Beteiligungs GmbH:			
- SCHALTEX SYSTEMS GmbH, Hamburg	100,00 %	1.263,4	248,9
über Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH:			
- HSF Hauswart-Service Fiefstücken GmbH, Hamburg	100,00 %	36,1	10,7

¹⁾ Anteilsbesitz ab mindestens 20 % an nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist

²⁾ Nach dem letzten für 2011 vorliegenden Jahresabschluss, soweit kein anderer Hinweis

³⁾ Nach dem letzten für 2012 vorliegenden Jahresabschluss

⁴⁾ Gewinnabführungsvertrag

Konzern-Anhang**Anhangangaben gemäß § 340a Abs. 4 HGB**

Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter, die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB) wahrnehmen:

VorstandsmitgliederDr. Harald VogelsangAufsichtsrat

NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg / Bremen

Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

Landesbank Berlin AG, Berlin

Vorsitzender

Mitglied

Mitglied

Reinhard KleinAufsichtsrat

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg

neue leben Pensionskasse Aktiengesellschaft, Hamburg

neue leben Unfallversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg

V-Bank AG, München

Wüstenrot Bank Aktiengesellschaft Pfandbriefbank, Ludwigsburg

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Dr. Jörg WildgruberAufsichtsrat

neue leben Pensionskasse Aktiengesellschaft, Hamburg

neue leben Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg

neue leben Unfallversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg

Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, Bredstedt

Sparkasse Mittelholstein Aktiengesellschaft, Rendsburg

NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg / Bremen

Vorsitzender

stellv. Vorsitzender

stellv. Vorsitzender

stellv. Vorsitzender

stellv. Vorsitzender

1. stellv. Vorsitzender

Mitglied

Mitarbeiter

Dr. Sören Abendroth (Direktor)

Aufsichtsrat

Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm

Mitglied

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg

Mitglied

Beteiligungen

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die 5 % der Stimmrechte überschreiten:

Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm

Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel

Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH, Hamburg

Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, Bredstedt

Sparkasse Mittelholstein Aktiengesellschaft, Rendsburg

Sparkasse zu Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck

Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg

Konzern-Anhang**Verwaltungsrat**

Dr. Karl-Joachim Dreyer

Präses

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Hamburger Sparkasse AG

Peter Becker

Stellvertretender Präses

Bäckermeister

Präsident Zentralverband des
Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Dr. Martin Willich

Rechtskundiges Mitglied

Kaufmann, Jurist

Michael Behrendt

Vorsitzender des Vorstands

Hapag-Lloyd AG

(seit 30. Januar 2013)

Prof. Dr. Jörg F. Debatin

Vorstandsvorsitzender

amedes Holding AG

Dipl.-Kfm. Günter Elste

Vorsitzender des Vorstands

Hamburger Hochbahn AG

Dipl.-Kfm. Helga Jochens

Geschäftsführerin

Grundstücksverwaltung Johann Kaune Erben
GmbH & Co. KG

(bis 30. Januar 2013)

Claus Krohn

Betriebsratsvorsitzender

Hamburger Sparkasse AG

(seit 30. Januar 2013)

Uwe Mellewig

Ehemaliger Betriebsratsvorsitzender

Hamburger Sparkasse AG

(bis 30. Januar 2013)

Dirk Reimers

Rechtsanwalt, Staatsrat a.D.

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Deutsche Nationalstiftung

Gabriele Voltz

Rechtsanwältin

Stellvertretende Vorsitzende

Verband Freier Berufe in der

Freien und Hansestadt Hamburg

Vorstand

Dr. Harald Vogelsang
Sprecher

Jörg Wohlers (bis 31. März 2012)
Stellvertretender Sprecher

Reinhard Klein (ab 1. Mai 2012)

Dr. Jörg Wildgruber

Hamburg, den 27. März 2013

Der Vorstand

Dr. Vogelsang

Klein

Dr. Wildgruber

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der HASPA Finanzholding, juristische Person alten hamburgischen Rechts, Hamburg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Rechnungslegungsinformationen der in den Konzernabschluss einbezogenen Teilbereiche, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 17. April 2013

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Zemke
Wirtschaftsprüfer

Butte
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat hat sich im Berichtsjahr vom Vorstand über alle grundsätzlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspolitik sowie über die Entwicklung des laufenden Geschäfts und die wirtschaftlichen Verhältnisse regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichten lassen. Alle wesentlichen Fragen wurden mit dem Vorstand in fünf Plenarsitzungen ausführlich erörtert. Angelegenheiten von besonderer Tragweite wurden darüber hinaus in Sitzungen des aus der Mitte des Verwaltungsrats gebildeten Präsidialausschusses im Vorwege beraten und vertieft. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten neben der turnusmäßigen Befassung mit den größeren Beteiligungen – hier insbesondere der Hamburger Sparkasse AG – die Entwicklung bei kapitalunterlegten Kooperationen mit Sparkassen in Schleswig-Holstein und die Auswirkungen auf die Strategie der HASPA-Gruppe. Der Verwaltungsrat beschäftigte sich in diesem Zusammenhang mit den kartellrechtlichen, aufsichtsrechtlichen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen angestrebter Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Sparkassen, mit der aktiven Begleitung von Beteiligungssparkassen durch die HASPA Finanzholding auch angesichts gestiegener Herausforderungen für Sparkassen in Schleswig-Holstein sowie mit der Unterstützung der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG zur Aufrechterhaltung ihres Sparkassenbetriebs. Ferner verfolgte der Verwaltungsrat die Anpassungen bei der NRS Norddeutsche Retail-Service AG zur Vorbereitung der Herauslösung der Sparkasse Bremen aus dem Mandantenkreis sowie die geplante Kooperation der HLS Hamburger Logistik Service GmbH mit den Sparkassen in Schleswig-Holstein im Bereich der Bargeldlogistik.

Der Verwaltungsrat war darüber hinaus in alle aktuellen Sachverhalte und Entscheidungen eingebunden, die nach der Satzung der Zustimmung des Verwaltungsrats bedurften. Zwischen dem Präses des Verwaltungsrats und dem Sprecher des Vorstands fanden daneben regelmäßige Gespräche statt, in denen über maßgebliche operative Themen informiert und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden. Der Verwaltungsrat hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt und im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Kompetenzen die ihm obliegenden Entscheidungen in

fünf turnusmäßigen Sitzungen sowie im schriftlichen Verfahren getroffen. Ferner fand eine Weiterbildungsveranstaltung für die Mitglieder des Verwaltungsrats statt, in der der rechtliche Rahmen der Verwaltungsrats Tätigkeit, insbesondere vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen im Gesellschafts- und Bankaufsichtsrecht, sowie die Risikomessung und der Umgang mit Risiken erläutert und diskutiert wurden. Über die Arbeit des Präsidialausschusses hat sich der Verwaltungsrat regelmäßig berichten lassen.

Die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2012 sowie den Konzernabschluss und Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2012 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Nach eigener Prüfung und Erörterung des Einzel- sowie des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts mit dem bestellten Abschlussprüfer in den Bilanzsitzungen von Präsidialausschuss und Verwaltungsrat hat der Verwaltungsrat von dem jeweiligen Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen und dem Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2012 sowie dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2012 zugestimmt.

Der Verwaltungsrat hat sich ferner dem Vorschlag des Vorstands angeschlossen, dem Kuratorium zu empfehlen, den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2012 festzustellen und den Bilanzgewinn von 54,6 Millionen Euro, der dem Jahresüberschuss entspricht, der Sicherheitsrücklage zuzuführen sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 zu billigen.

Aus dem Kuratorium beendeten mit Ablauf der Kuratoriumssitzung am 30. Januar 2013 Frau Ruth Berckholtz sowie die Herren Heiner Limbrock, Jens Schürfeld, Prof. Dr. Burkhard Schwenker, Rolf Steil, Rainer Töbing, Ernst Uhrlau, Reinhard Wagner und Michael Weidmann aufgrund der in der Satzung festgelegten Altersbegrenzung oder auf eigenen Wunsch ihre langjährige Tätigkeit im Kuratorium. Neu in das Kuratorium gewählt wurden in der Sitzung am 30. Januar 2013 für

1280

Dienstag, den 6. August 2013

Amtl. Anz. Nr. 62

die satzungsmäßige Amtszeit von vier Kalenderjahren Frau Karin Loosen, Frau Dr. Kirsten Soyke sowie die Herren Dr. Nikolaus Besch, Jost Deitmar, Reinhold von Eben-Worlée, Michael Eggenschwiler, Sönke Fock, Dr. Georg Mecke und Kai-Peter Siemsen.

Mit Ablauf der Kuratoriumssitzung vom 30. Januar 2013 sind Frau Helga Jochens und Herr Uwe Mellewig altersbedingt bzw. auf eigenen Wunsch aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden. Frau Jochens und Herr Mellewig haben sich über einen äußerst langen Zeitraum sehr engagiert für die Belange der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse eingesetzt und deren Entwicklung in stets konstruktiver und vertrauensvoller Zusammenarbeit begleitet und gefördert. Neu in den Verwaltungsrat gewählt wurden Herr Michael Behrendt für eine Amtszeit von vier Kalenderjahren und Herr Claus Krohn für eine Amtszeit von zwei Kalenderjahren.

Vorstand und Verwaltungsrat danken allen ausgeschiedenen Gremienmitgliedern herzlich für ihr engagiertes und verdienstvolles Wirken während der vergangenen Jahre im Interesse der HASPA Finanzholding und der gesamten HASPA-Gruppe.

Als Nachfolger von Herrn Jörg Wohlers, der mit Ablauf des 31. März 2012 aus dem Vorstand der HASPA Finanzholding ausgeschieden ist, hat der Verwaltungsrat Herrn Reinhard Klein mit Wirkung zum 1. Mai 2012 zum Mitglied des Vorstands bestellt.

Der Verwaltungsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HASPA Finanzholding für den großen persönlichen Einsatz und die erfolgreiche Arbeit im abgeschlossenen Geschäftsjahr Dank und Anerkennung aus. In gleicher Weise dankt der Verwaltungsrat den Mitgliedern der Gremien für das im Geschäftsjahr 2012 gezeigte Engagement.

Hamburg, den 29. April 2013

Der Verwaltungsrat

Dr. Karl-Joachim Dreyer
Präses

690

Sonstige Mitteilungen

Gläubigeraufruf

Die Firma **Alfons Pawelczyk Beratungsgesellschaft mbH** (Amtsgericht Hamburg, HRB 53897) mit Sitz in Hamburg, ist durch Gesellschafterbeschluss vom 5. Juli 2013 aufgelöst worden. Zum einzelvertretungsberechtigten Liquidator ist Herr Alfons Pawelczyk, Lockkoppel 2a, 22391 Hamburg, bestellt worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 8. Juli 2013

Der Liquidator

691

Gläubigeraufruf

Der Verein **Unterstützungsverein der Firmengruppe Deutsche Oelfabrik Dr. Grande & Co e.V.** ist aufgelöst worden. Die Gläubiger des Vereins werden gebeten, sich mit dem Verein in Verbindung zu setzen. Liquidator ist Herr Carl-Wilhelm Lohmann, Sohrhof 13, 22607 Hamburg.

Hamburg, den 13. Juni 2013

Der Liquidator

692

Gläubigeraufruf

Der Verein **Interswop. Vermittlung von Auslandsaufenthalt zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 13190) ist aufgelöst worden. Die Gläubiger des Vereins werden gebeten, sich bei den Liquidatoren Herrn Kai Peter Weers und Frau Marion Prief, Osterstraße 42, 20259 Hamburg, zu melden.

Hamburg, den 15. Juli 2013

Die Liquidatoren

693

Gläubigeraufruf

Der Verein **Förderverein REBUS Bergedorf e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 19363) ist durch Mitgliederbeschluss vom 21. November 2012 aufgelöst worden. Zum Liquidator ist Herr Walter Gaßmann, Im Saal 13, 21423 Winsen (Luhe), bestellt worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei ihm zu melden.

Hamburg, den 16. Juli 2013

Der Liquidator

694